

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 60.— Mark
In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hantsa 2447—51

Nr. 42

Hamburg, den 15. Oktober 1920

5. Jahrg.

Die Lage

Es bedarf keiner Beredsamkeit, um das Elend der deutschen Finanzen darzulegen. Die nackten Zahlen des Reichshaushalts klagen und klagen an, beschwören und machen verstummen. Sie geben denen recht, die vorausgesagt haben, daß sich der Abgrund zwischen Einnahmen und Ausgaben von Monat zu Monat weiter öffnen werde, wenn nicht die stärksten, härtesten Mittel ergriffen würden, um die Zerrüttung des Staatswesens zu heilen. Daß es nicht genüge neue Steuern zu beschließen, wenn zugleich die Ausgaben um ein Vielfaches dieser Steuern vermehrt werden; daß es nicht genüge, Sparsamkeit zu predigen, wenn man dem Volke den furchtbaren Ernst der Dinge doch nur zögernd und halb zeigen wolle. Statt dessen hat man eine Politik des Abwartens und Treibenlassens für angezeigt gehalten. Erst in jüngster Zeit scheint sich hierin ein Umschwung anzukündigen. Jeder Einsichtige wird wünschen, daß die Regierung ihren Weg mit Uner-schrockenheit zu Ende geht und sich dabei auf die einmütige Zustimmung aller derer stützen kann, die guten Willens sind.

Die Schwere der Krisis drückt sich am sinnfälligsten in der Tatsache aus, daß es heute kaum noch möglich ist, einen Haushaltsplan aufzustellen, der länger als ein paar Wochen gültig wäre. Sowohl die Ausgaben wie die Einnahmen entziehen sich der Schätzung auf längere Sicht. Das Mißverhältnis beider wächst von Monat zu Monat und zwingt zu immer neuen Steigerungen der Inflation, damit aber zu weiteren Steigerungen der Preise und Löhne, die wiederum die Ausgaben auch des Reiches erhöhen und zu weiteren Inflationen führen. Die Kriegstribute beschleunigen diesen Prozeß und werden ihn von Monat zu Monat stärker beschleunigen. Zwar wachsen auch die Einnahmen des Reiches mit der Höhe der Preise und der Einkommen. Aber diese Rückwirkung der Inflation bleibt zeitlich und zahlenmäßig weit hinter ihren Wirkungen auf die Ausgabenseite zurück. Es kommt hinzu, daß von den neuen direkten Steuern (falls sie richtig veranlagt und eingehoben werden) eine Revolutionierung der Einkommensverteilung erwartet werden darf, die alle Einnahmenvorschläge in Verwirrung bringen kann. Man wird sich also daran gewöhnen müssen, daß das Reich alle Vierteljahre einen neuen Haushaltsplan aufstellt. Vor allem aber wird man bedenken müssen, daß in diesen Plänen die Einnahmehöchstschätzungen, die Ausgaben Mindestschätzungen darstellen.

Als am 29. Juli 20 der Reichsminister der Finanzen dem Reichstag seine Denkschrift über die finanzielle Lage des Reiches vorlegte (die aufschlußreichste und übersichtlichste die seit langer Zeit veröffentlicht worden ist), rechnete er mit 27,77 Milliarden $\mathcal{M}$ ordentlicher Ausgaben, 11,6 Milliarden $\mathcal{M}$

außerordentlicher Ausgaben und Fehlbeträgen der Betriebsverwaltungen in Höhe von 12,9 bis 16 Milliarden $\mathcal{M}$, insgesamt also Ausgaben in Höhe von 52,3 bis 55,3 Milliarden $\mathcal{M}$.

Nach der Finanzdenkschrift, die der Brüsseler Konferenz Anfang Oktober vorgelegt wurde, betragen die Ausgaben im ordentlichen Haushalt 30,3 Milliarden (nach Abzug von 9,4 Milliarden Überweisungen an die Länder und Gemeinden, die in den oben genannten Zahlen ebenfalls nicht enthalten waren), 39,8 Milliarden im außerordentlichen Haushalt und 18,8 Milliarden Fehlbeträge der Betriebsverwaltungen, insgesamt (ohne Berücksichtigung der Überweisungen an die Länder und Gemeinden) 88,9 Milliarden. Die Steigerung der Ausgaben betrug also 33,6 Milliarden, d. h. rund 60 % der Ausgabenschätzung von Ende Juli.

Wie ist dieses ungeheuerliche Mehr zu erklären? Die Beantwortung dieser Frage wird dadurch erschwert, daß die Aufstellungen des Haushaltsplans in den beiden Denkschriften nicht gleichmäßig aufgebaut sind, so daß sie erst nach einigen Umrechnungen vergleichbar gemacht werden können. Die Juli-denkschrift führt im ordentlichen Haushalt an Ausgaben auf: Für die Zivilverwaltung 9,6 Milliarden, für Heer und Flotte 5,8 Milliarden, für die Reichsschuld 12,4 Milliarden, insgesamt 27,8 Milliarden. Nach der Oktoberdenkschrift sind die Ausgaben auch des Ordinariums in laufende und einmalige geschieden. Es wird aber nicht gesagt, welcher Art diese einmaligen Ausgaben sind. Nur von 210 Mill. $\mathcal{M}$ für Heeres- und Marinezwecke wird auf S. 6 gesprochen. Wir können also nur feststellen, daß die als laufende bezeichneten ordentlichen Ausgaben für „Reichsverwaltung“ und „Schuldendienst“ nicht ganz die Höhe der früheren Gesamtausgaben im Ordinarium für Zivilverwaltung und Schuldendienst erreichen, daß der Pensionsfonds 4 Milliarden statt 1,8 Milliarden erfordert und daß statt des Heeresetats von 4 Milliarden (ohne den Allgemeinen Pensionsfonds) eine einmalige Ausgabe von 4,7 Milliarden erscheint. Da nun die Denkschrift angibt, daß die fortdauernden Ausgaben für das nach dem Friedensvertrag zu bildende endgültige 100 000-Mann-Heer und die 15 000 Mann starke Marine 3 Milliarden $\mathcal{M}$ betragen, muß angenommen werden, daß dieser Posten in den laufenden Ausgaben für die Reichsverwaltung steckt, während die einmaligen einen erheblichen Teil der Zivilausgaben einschließen. Wir haben im folgenden versucht, auf Grund der Angaben der beiden Denkschriften eine Übersicht über den Stand der ordentlichen Ausgaben von 1913, 1919, Juli 1920 und Oktober 1920 zu geben. Sollte uns hierbei ein Irrtum begegnen, der in der Lückenhaftigkeit des Materials seine Begründung findet, so werden

wir dem Finanzministerium für eine Berichtigung sehr verbunden sein.

Ausgaben im ordentlichen Haushalt (in Mill. M.)

	1913	1919	Juli-Denk- schrift 1920	Okt.-Denk- schrift 1920
Zivilverwaltung	195,5	3 347,3	9 585,9	6 444,9
Heer u. Flotte (ohne allg. Pens.-Fds.)	1 914,2	2 334,3	4 040,4	3 043,0
Allgemeiner Pensionsfonds..	107,8	113,3	1 769,8	3 967,5
Schuldendienst	208,6	8 929,4	12 374,2	12 093,3
Einmalige Ausgaben	—	—	—	4 720,0
Zusammen....	2 426,5	14 724,4	27 770,2	30 268,7

Es wird aus dieser Gegenüberstellung ersichtlich, daß die Steigerung der Ausgaben um 2,5 Milliarden, die nach der neuen Schätzung notwendig wird, fast ganz auf die höheren Ausgaben des Allg. Pensionsfonds entfällt. Die Scheidung der Ausgaben in laufende und einmalige mag sachlich begründet sein. Da aber gleichzeitig bekannt wird, daß zur Deckung des zweiten Postens der Zuschlag zur außerordentlichen Kriegsabgabe 1916 in Höhe von 4,5 Milliarden herangezogen werden soll, liegt die Annahme nahe, daß die Differenzierung der Ausgaben vorgenommen worden ist, um die Deckung der als „einmalig“ ausgewiesenen Ausgaben durch eine sicherlich einmalige Einnahme zu rechtfertigen. Die Denkschrift hätte dieser Vermutung vielleicht den Stachel nehmen können, wenn sie die Zusammensetzung des Postens angegeben und durch diese Angaben die Trennung auch sachlich begründet hätte.

Der größte Teil der Mehrausgabe entfällt auf den außerordentlichen Haushalt, der statt 11,5 Milliarden 39,7 Milliarden beansprucht (davon 10,7 für die allgemeine Reichsverwaltung, 25 zur Ausführung des Friedensvertrages, 4 zur Abwicklung des alten Heeres), der Rest auf die Fehlbeträge der Betriebsverwaltungen, die von 12,87 auf 18,75 Milliarden angewachsen sind. Da die Angaben über die Zusammensetzung des außerordentlichen Haushalts noch sehr viel weniger vergleichbar sind als die über den ordentlichen, beschränken wir uns auf einen Vergleich der Endzahlen:

	1913	1919	Juli-Denk- schrift 1920	Okt.-Denk- schrift 1920
1. Ausgaben des außerordentlichen Haushalts	60,3	59 681,0	11 485,8	39 748,8
2. Überschüsse (+) oder Fehlbeträge (-) d. Betriebsverwaltungen:				
Post	+105,1	- 838,5	- 870,0	- 2 350
Eisenbahn	+ 30,6	- 1,4	-12 000,0	-16 400
Reichsdruckerei..	+ 5,25	- 19,5	0,2	—
Summe 2..	+140,9	- 919,4	-12 870,2	-18 750

Nach diesen Aufstellungen glaubte man mit einer Gesamtausgabe von 88,8 Milliarden (ohne die Überweisungen von 9,4 Milliarden *M* Steuern an Einzelstaaten und Kommunen) rechnen zu können, denen rund 30 Milliarden *M* Steuereinnahmen des Reiches gegenüberstehen sollen. Ob diese Steuern auch in der erwarteten Höhe eingehen werden, ist nicht nur fraglich, sondern unwahrscheinlich. Nach den Mitteilungen, die Ministerialdirektor Sachse im Reichsrat gemacht hat, ist von der Finanzverwaltung bereits eingeräumt worden, daß eine Reihe der veranschlagten Milliardenereinnahmen im Rechnungsjahr 1920 nicht eingehen werde. Das aber bedeutet, daß selbst die ordentlichen Ausgaben in diesem Jahre nicht durch Steuern gedeckt werden können, sondern durch neue Anleihen und Inflationen finanziert werden müssen; von den außerordentlichen Ausgaben zu schweigen. Nun aber stellen nicht einmal jene 88,8 Milliarden die oberste Grenze der Belastung dar, denn es stellt sich heraus, daß die Kosten der Rheinlandbesetzung von der deutschen Regierung viel zu niedrig veranschlagt worden sind. Wenn eine französische Zeitungsnachricht zutrifft, wonach der frühere französische Wiederaufbauminister Loucheur als Berichterstatter der Kammer am 14. 6. die Kosten der Besatzungsarmee bis zu diesem Zeitpunkt auf 4 Milliarden „Goldmark“, gleich etwa 40 Milliarden Papiermark, angegeben hat, so erweist sich die in den Haushaltsplan eingestellte Summe von 3 Milliarden als durchaus ungenügend. Der Reichsschatzminister rechnet demnach für das Jahr 1920 mit einer Mehrbelastung von 12 Milliarden, durch die die Gesamtausgabe auf rund 100 Milliarden steigen würde — wovon mindestens 70 Milliarden nicht durch Steuern gedeckt sind.

Angesichts einer solchen Lage ist es verständlich, daß der Reichsrat in seiner „Entschliebung an die Reichsregierung“ nicht nur auf strengste Sparsamkeit drängt, sondern fordert, daß die „Zurückführung der Ausgaben auf ein mit der Finanzkraft des Reiches noch zu vereinbarendes Maß“ selbst vor „anerkannten Notwendigkeiten“ nicht mehr Halt macht. Es ist aber schon heute fraglich und mehr als fraglich, ob auch die rücksichtsloseste Prüfung der Ausgaben Seite noch hinreicht, um die Zerrüttung des Staatshaushalts zu heilen und die Errichtung einer Dette Publique Allemande durch die Gläubigerstaaten abzuwenden — wenn sich diese Prüfung nicht auch auf solche Grundlagen unseres staatlich-wirtschaftlichen Getriebes erstreckt, die heute noch für unverrückbar gehalten werden.

Kurt Singer

Deutsch-österreichische Sonderverträge

Deutsch-Österreich ist bereits mitten im Zug, die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain durch Sonderverträge durchzuführen und zugleich abzuändern. Die wichtigsten dieser Verträge aus der letzten Zeit betreffen die Behandlung der Vorkriegsschulden an Frankreich und England. Die Schuldenzahlung ist im deutsch-österreichischen Friedensvertrag bekanntlich wörtlich gleich geregelt wie im deutschen. Aber die sachlichen Voraussetzungen dieser Regelung sind für Deutsch-Österreich wesentlich anders als für Deutschland und damit auch ihre Wirkungen. Vor allem ist Deutsch-Österreich sowohl gegen Paris wie gegen London hoch passiv. Ein genauer Überblick über das Verhältnis von Forderungen und Schulden ist noch nicht möglich, aber es steht bereits fest, daß die Wiener Banken allein bei dem gegenwärtigen Kronenkurs 10 bis 12 Milliarden zahlen müßten. Für

die deutsch-österreichische Wirtschaft hätte jedoch die wörtliche Durchführung des Friedensvertrages schlechthin den sofortigen Zusammenbruch bedeutet, gleichviel ob sich die Alliierten für die Freigabe der Auseinandersetzung zwischen Gläubiger und Schuldner oder für das Clearingsystem entschieden hätten, da der deutsch-österreichische Staat außerstande ist, für derartige Beträge aufzukommen. Eine andere Komplikation — zum Unterschied von Deutschland — bereitet der Zusammenhang der deutsch-österreichischen Schulden an die Westmächte mit Forderungen an die Nationalstaaten. Die eigenen Engagements der Wiener Banken sind verhältnismäßig bescheiden. Ihre Verpflichtungen sind sie zum größten Teil für die Industrie eingegangen, die überwiegend tschecho-slowakisch geworden ist. Formell erscheinen die Wiener Banken gegenüber London als Remboursschuldner, während in ihren Büchern etwa ein böhmischer Baumwollspinner in Pfund belastet ist. Die

entscheidende Frage ist nun, ob der tschecho-slowakische Schuldner gleichzeitig mit der Fälligkeit der Wiener Schuld in London bereit und imstande ist, seine Pfandschuld in Wien abzutragen. Darüber besteht bis zur Stunde keinerlei Klarheit, und man hegt die schwere Besorgnis, daß die Prager und Belgrader Regierung für ihre Staatsangehörigen ein Auslandsmoratorium erlassen könnten. Schließlich bedeutet auch die Valorisierung der Kronenschulden eine umso schwerere Last, als die Krone noch auf einen Bruchteil der Mark entwertet ist. Dieses auch den Alliierten bekannte Verhältnis hat namentlich Frankreich veranlaßt, frühzeitig eine Aussprache mit der deutsch-österreichischen Regierung über eine Sonderregelung der Frage herbeizuführen. Frankreich wollte sich nicht für das Clearingsystem entscheiden, weil ihm die alleinige Haftung des deutsch-österreichischen Staates wenig Garantie für die Sicherheit und prompte Bezahlung seiner Forderungen zu bieten schien. Es konnte aber auch nicht den Verkehr zwischen Gläubigern und Schuldnern freigegeben, weil dadurch die Gefahr großer Verluste heraufbeschworen worden wäre und außerdem die Befriedigung französischer Gläubiger sehr ungleich ausgefallen wäre. Es wurde daher von Anfang an eine Kombination staatlicher und privater Haftung angestrebt. Die Verhandlungen verliefen zunächst ergebnislos. Frankreich zeigte sich völlig unnachgiebig und war vor allem anscheinend bestrebt, die Regelung der Vorkriegsschulden zu benützen, um Deutsch-Österreich und die gesamte Wirtschaft der früheren Donaumonarchie unter seine Kontrolle zu bekommen. So tauchte insbesondere die Forderung auf, daß Deutsch-Österreich zur Sicherstellung seiner Schulden an Frankreich seinen Besitz an Wertpapieren der Nationalstaaten verpfände. Die Unnachgiebigkeit Frankreichs scheint dabei nicht einem besonderen Ressentiment, sondern dem Druck kleiner und mittlerer Kapitalisten entsprungen zu sein, die nach den Verlusten, die sie in Rußland und sonst im Osten erlitten haben, von ihrer Regierung einen besonders nachdrücklichen Schutz verlangen. Demgegenüber bedeutet das schließliche Ergebnis der Verhandlungen einen nicht unwesentlichen Fortschritt.

Darnach entscheidet sich Frankreich grundsätzlich für das Clearingsystem, aber die Ausgleichsämter werden ihre Eintreibungstätigkeit erst am 1. 4. 21 beginnen. Bis dahin sollen die Regierungen ihre Staatsangehörigen anhalten, sich gütlich zu vergleichen. Bis 1. 2. sind angemessene Vorschläge zu solchen Vergleichen zu erstatten. Die Ausgleichsämter können diese Frist zur Regelung bestimmter, besonders schwieriger Geschäfte oder Geschäftsarten verlängern. Eine solche Fristerstreckung werden vor allem die österreichischen Gesellschaften brauchen, deren Titres in Frankreich umlaufen (Südbahn, Staatseisenbahngesellschaft, Bodenkreditanstalt usw.). Wird zur Regelung einer Schuld eine deutsch-österreichische, in Frankreich sequestrierte Vermögensgesellschaft herangezogen, so bedarf es zu solchen Vergleichen der Genehmigung des französischen Ausgleichsamtes. Eine Ablehnung des Vergleichs ist zu motivieren. Soweit solche Vergleiche nicht zustande kommen, übernimmt die Wiener Regierung die Solidarhaftung mit dem deutsch-österreichischen Schuldner bezüglich des Überschusses seiner Schulden über seine in Frankreich befindlichen Aktiven, soweit es sich um Valutaschulden handelt. Für die valorisierten Kronenschulden haftet die Regierung allein bezüglich der Differenz zwischen Nennwert und Valutawert der Schuld. Im übrigen sind die Valutaschulden (also alle Schulden, die nicht auf Kronen lauten) im allgemeinen in fünf gleichen Jahresraten abzustatten. Für die kaufmännischen Schulden kann diese Frist auf zehn Jahre erstreckt werden, wenn ausreichende Sicherheiten gestellt werden. Bei Bürg-

schaftsschulden zugunsten eines Angehörigen der Nationalstaaten übernimmt die französische Regierung die Eintreibung der konnexen Schulden. Sämtliche Schulden sind bis zur Unterzeichnung des Abkommens mit 3 %, von da an mit 5 % zu verzinsen. Was die zu valorisierenden Kronenschulden anlangt, so ist der Nominalbetrag in Kronen samt Zinsen bis Ende April 1921 vom österreichischen Ausgleichsamt an das französische zu begleichen. Die deutsch-österreichische Regierung übernimmt die alleinige Haftung für die Differenz zwischen dem Nennwert und dem Valorisationswert auf den entsprechenden Frankenbetrag. Die Tilgung dieser Differenz soll in 25 zinsenlosen Jahresraten erfolgen, deren erste in fünf Jahren fällig wird. Um diese Forderungen verkehrsfähig zu machen, soll auf ihrer Grundlage ein marktfähiger Titre geschaffen werden. Ebenso wichtig ist das Zugeständnis, daß österreichische Aktiven in Frankreich bis zu 70 % ihres Wertes zur Tilgung von Schulden freigegeben werden. Die übrigen 30 % und die Schulden französischer Staatsangehöriger an Deutsch-Öreicher sollen in einen Fonds gelegt werden, aus dem wirtschaftlich schwache französische Gläubiger zu befriedigen sind.

Mit England ist eine andere Regelung vereinbart. Auch hier werden gütliche Vergleiche bis 31. 3. zugelassen, aber sie bedürfen in jedem einzelnen Fall der Genehmigung des englischen Ausgleichsamtes. Deutsch-österreichische Aktiven in England werden nur zu der Quote freigegeben, die dem Gesamtverhältnis zwischen englischen Forderungen und Schulden gegenüber Deutsch-Österreich entspricht. England gewährt für die Zahlung sowohl der Kronen- als auch der Valutaschulden keine festen Fristen; es muß nur die deutsch-österreichische Regierung, gleichviel zu welchem Ergebnis die Eintreibung bei den deutsch-österreichischen Schuldnern führt, jährlich mindestens 500 000 £ oder 280 Mill. K an das englische Ausgleichsamt abführen. Für die ersten vier Jahre ermäßigt sich der Betrag auf 200 000 £ oder 112 Mill. K. Der Debetsaldo ist mit 5 % zu verzinsen.

Für die deutsch-österreichische Regierung erwachsen nun zwei schwierige Aufgaben. Die eine betrifft die Regelung ihres Verhältnisses zu den deutsch-österreichischen Gläubigern und Schuldnern. In Kreisen der Industrie fordert man die einfache Übernahme des deutschen Reichsausgleichsgesetzes auf Deutsch-Österreich, wonach somit der Staat sowohl für Kronen- wie für Valutaschulden in den Valutaverlust eintreten müßte. Aber dies ist für Deutsch-Österreich deshalb kaum möglich, weil, wie erwähnt, der Passivsaldo im Abrechnungsverkehr mit den Weststaaten übermäßig groß ist und der deutsch-österreichische Staat einfach nicht imstande ist, diese Last auf sich zu nehmen. Vor allem aber würde eine bedingungslose Erklärung des Staates für den Valutaverlust aufzukommen, dem Schuldner jeden Anreiz nehmen, sich nachdrücklich um einen möglichst günstigen Vergleich mit seinem französischen oder englischen Gläubiger zu bemühen.

Die zweite Aufgabe ist die Auseinsetzung mit den Nachfolgestaaten, vor allem mit der Tschecho-Slowakei. Die finanzielle Auseinsetzung mit dieser ist noch ein offenes Problem, dessen schwerstes Stück die Umrechnung der vor der Währungstrennung entstandenen Forderungen und Schulden bilden wird, über die der Friedensvertrag vorsätzlich keine Bestimmung getroffen hat. Was bisher geregelt wurde, betrifft nur mehr oder weniger untergeordnete Fragen. So ist endlich die gegenseitige Freigabe der gesperrten Depots und die freie Zinsenzahlung vereinbart worden. Ein anderes Abkommen vom August regelt die Sitzverlegung von Unternehmungen. Der Vertrag erstreckt sich nur auf Industrie- und

Transportunternehmungen. Handelsbetriebe, Banken und Versicherungsinstitute sind davon vorläufig ausgenommen. Die tschecho-slowakische Regierung erhält dadurch das Recht, die Sitzverlegung von Industrieunternehmungen insoweit zu verlangen, als diese im Gebiet der tschecho-slowakischen Republik produzieren oder transportieren. Damit kann eine Teilung von bisher einheitlichen Unternehmungen notwendig werden, die weitreichende wirtschaftliche oder finanzielle Folgen nach sich ziehen könnte. In welchem Umfang die Prager Regierung von diesem Recht (das formell zweiseitig, in Wirklichkeit aber einseitig ist, weil es fast keine Gesellschaften gibt, die in Prag ihren Sitz und in Deutsch-Österreich ihren Betrieb haben) Gebrauch machen wird, steht noch nicht fest. Aber eine Reihe von Gesellschaften sucht den schädlichen Wirkungen einer solchen Zerreißung dadurch vorzubeugen, daß sie sich formell in Schweizer Gesellschaften umwandeln, wodurch sie die einheitliche Verwaltung ihrer auf mehrere Nationalstaaten verteilten Betriebe retten zu können glauben. Derartige Schweizer Gesellschaften wurden bisher für die Vöslauer Kammgarnfabrik, für die große Petroleumgesellschaft Fante, für die Bugholz-Möbelfabriken Mundus gegründet, ähnlich sollen auch die Holzhandels-A.-G. und die Holzverkohlungs Szolyva in einen Schweizer Trust eingebracht werden. Von entscheidender volkswirtschaftlicher Bedeutung wird aber die Behandlung der Filialen der Wiener Banken sein. Nach Prager Meldungen ist dort eine Verordnung in

Vorbereitung, welche die Wirksamkeit der Filialen Wiener Banken regelt. Danach sollen diese Filialen eine mindest dreigliedrige Verwaltung zur Vertretung der Bank in der Tschecho-Slowakei errichten, mit einem Betriebskapital ausgestattet werden, das dem gegenwärtigen Umfang ihrer Geschäfte entspricht, und dieses Betriebskapital soll, ebenso wie die Spareinlagen und die Depots, in der Tschecho-Slowakei hinterlegt werden. Aber auch wenn alle diese Bedingungen erfüllt sind, soll den Filialen erst die Bewilligung zum Geschäftsbetrieb auf fünf Jahre erteilt werden. Die Verlängerung dieser Frist nach Ablauf steht im Ermessen der Aufsichtsbehörden. Offenbar will die Prager Regierung die weitere politische Entwicklung abwarten. Aber diese Beschränkung würde die Erhaltung der Wiener Bankfilialen praktisch unmöglich machen, weil sich kein Industrieller der Gefahr aussetzt, nach kurzer Frist eventuell von einer Kreditkündigung wegen Liquidation seines Kreditgebers überrascht zu werden. Ebenso ist die Ausstattung mit einem „angemessenen“ Betriebskapital bei den gegenwärtigen Valutaverhältnissen nicht leicht. Aber jedenfalls würde eine solche Regelung dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages widersprechen, der die Behandlung der Banken ausdrücklich einer zwischenstaatlichen Vereinbarung, oder falls eine solche nicht zustande kommt, der Entscheidung des Wiederherstellungsausschusses vorbehält.

Wien, den 25. September 1920.

Dr. Gustav Stolper

England

Ergebnis der Kohlenkrise — Der Handel mit Rußland — Konjunktur, Geldmarkt und Börse

Die Verhandlungen zwischen Grubenbesitzern und Bergarbeiterverband sind zum Abschluß gekommen. Die Vereinbarung bedarf der Genehmigung durch die Bergarbeiter auf dem Wege der Abstimmung. Die bisher eingegangenen Meldungen über die am 12. d. Mts. erfolgte Abstimmung sind nicht zuverlässig. Wie sie auch ausfallen mag, jedenfalls bleibt die Vereinbarung zwischen den Leitern des Verbandes und den Grubenbesitzern an sich interessant. Das Abkommen sieht eine Lohnerhöhung auf Grund einer gleitenden Skala nach Maßgabe der Gesamtkohlenproduktion Englands vor und zwar wie folgt:

Lohnskala

Bei einer Gesamtkohlenförderung von jährlich t	beträgt die Lohnerhöhung je Schicht für		
	Erwachsene	zwischen 16—18 J.	unter 16 Jahren
240 Mill.	1 s	6 d	4 1/2 d
244 „	1 s 6 d	9 d	6 3/4 d
248 „	2 s	1 s	9 d
252 „	2 s 6 d	1 s 3 d	11 1/4 d
256 „	3 s	1 s 6 d	1 s 1 1/2 d

Das bedeutet eine sofortige Erhöhung der Löhne um mindestens 1 s je Schicht, da die Produktion in jüngster Zeit weit über 240 Mill. tons betragen hat. Das Neuartige an dieser Regelung ist, daß der englische Arbeiter nicht an der Leistung seines eigenen Werkes, in dem er tätig ist, sondern an der Erzeugung aller Werke interessiert wird. Ob das einen Fortschritt bedeutet? Ob nicht der Arbeiter in Wales unzufrieden sein wird, wenn seine Anstrengungen fruchtlos bleiben, weil die Produktion in Glasgow gestört wird? Wir wagen es nicht zu entscheiden, haben doch die Autoritäten in England

selbst das Abkommen nur als Provisorium bis Ende Dezember 1920 vorgesehen. Aber während dieser Zeit sollen Betriebs- und Distrikts-Ausschüsse errichtet werden, die bei Durchführung dieses Projektes und der Neuordnung des Arbeitsverhältnisses im Kohlenbergbau helfen sollen: wiederum ein Versuch, das englische Industrie-Rätesystem im Bergbau einzuführen. Denn der letzte, dessen Grundlage im Gesetz über den Bergbau gelegt werden sollte, wurde von den Arbeitern zugleich mit den übrigen Bestimmungen des Gesetzes verworfen und ist infolgedessen noch nicht im Parlament beraten worden. Fast von der gleichen Bedeutung wie das Abkommen selbst für den künftigen industriellen Frieden kann der taktische Sieg werden, den Lloyd George über den Dreiverband der Berg-, Transport- und Eisenbahnarbeiter-Gewerkschaften errungen hat. War es ihm bei Gelegenheit des Eisenbahnerstreiks — genau vor einem Jahr — gelungen, der Bevölkerung und den Arbeitern die Nutzlosigkeit und die Gefahren eines großen Streiks handgreiflich ad oculos zu demonstrieren, so ist heute das Prestige des industriellen Dreiverbandes schwer geschädigt. Er hat sich als unfähig erwiesen, die Lohnstreitigkeiten der Transportarbeiter und Eisenbahner mit denen der Kohlenarbeiter gleichzeitig aufzurollen; sie hinken jetzt nach. Offen rät der „New Statesman“ zur Auflösung des Dreiverbandes und zur allgemeinen Unterordnung der Gewerkschaften unter den Generalstab der Arbeit. Die Gerüchte über den Rücktritt Smillies erhalten dadurch ihre Begründung.

In dem letzten Bericht (Nr. 40, S. 573) wurde ausgeführt, daß der Abbruch der englischen Unterhandlungen mit Sowjetrußland nicht ernst zu nehmen sei. Die Veröffentlichung des Vorschlags über ein Handelsabkommen mit diesem Land bestätigt diese Auffassung des Weiteren. Es ändert nichts daran, daß die englische Regierung noch Garantien von seiten Rußlands fordert; es wird eben noch um die Kuhhaut gefeilscht, und dieses Handeln kann noch lange dauern. Der Vertragsentwurf ist als ein Provisorium gedacht, das mit sechsmonatlicher Kündigung bis auf weiteres, d. h. bis zum Abschluß eines formellen Handelsvertrags, abgeschlossen werden soll. Es enthält im wesentlichen die gegenseitige Meistbegünstigung; wichtig sind außerdem die finanziellen Bestimmungen des § 8. Er lautet:

„Die russische Sowjetregierung erklärt hierdurch, daß sie die Schulden an britische Untertanen anerkennt und bezahlen wird, sofern diese als Dienstleistungen oder Güterlieferungen an die frühere oder die gegenwärtige russische Regierung oder russische Bürger entstanden sind, und infolge der Revolution Zahlung unterblieben ist.“

Über den Modus der Zahlung wird nichts gesagt; er soll durch eine Sonderabmachung geregelt werden. Die Anleihen und andere Kreditgewährungen sind nicht erwähnt — wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren. Durch die konservative englische Presse ging im Anschluß an die Mitteilung des Vertragsentwurfs ein Wutgeheul. Besonders aus Handelskreisen und von der Börse werden Proteste wegen der mangelhaften Berücksichtigung der englischen Schuldner erhoben. Das kann niemand wundern; obschon seit Jahren nicht daran gezweifelt werden konnte, daß die in russischen Anleihen angelegten Gelder verloren waren, ist die Gewißheit dieser Tatsache doch schmerzlich. Man übersieht eben gar zu leicht, daß das geschlagene und bankrotte Rußland immer noch einen Trumpf in Händen hat: die Beunruhigung Indiens.

Die Luft an den industriellen Märkten ist schwül. Man befürchtet allgemein einen Umschlag der Konjunktur. Viele Gründe sprechen für diesen. Die Geldsätze sind unnormal hoch; seit dem 15. 4. hat die Bank von England einen Satz von 7 %. Der Marktsatz für Privatdiskont schwankt zwischen 6½ und 6 % %. Die Bank von England ist bestrebt, den Geldmarkt noch künstlich zu versteifen, indem sie z. B. Darlehenssuchern am Quartalstermin, die kurze Wechsel bei

der Bank präsentieren wollten, Geld nur auf 7 und später auf 8 Tage zu 7½ % lieh. Aber von einem tatsächlich vollzogenen Umschlag der Konjunktur kann in der Gegenwart wohl noch nicht geredet werden. Es ist richtig, daß die Arbeitslosigkeit in den Statistischen Berichten der „Labour Gazette“ um wenige 1000 zugenommen hat; aber die gleiche Aufwärtsbewegung war im Vorjahr gleichfalls zu konstatieren, und man könnte sie daher als eine natürliche Erscheinung betrachten. Wichtiger ist, daß die Baumwollfabriken mit ihren Arbeitern über eine Verkürzung der Arbeitszeit in dem Sinne unterhandeln, daß im Oktober Montags und Sonnabends nicht gearbeitet werden soll, und daß wenigstens in einem Fall in einer Maschinenfabrik wegen Mangel an Aufträgen umfangreiche Entlassungen vorgenommen wurden. Das sind Sturmvögel; die Warenlager sind eben überfüllt und bei den gegenwärtigen hohen Preisen zeigt niemand Lust zu kaufen. Vor dem Preisabbau fürchtet sich aber jeder Industrielle.

Die Börse reagiert auf diese Stimmung noch nicht. Das Geschäft war durchweg belebt. Es würde fast ganz und gar durch die Kohlenfrage beherrscht, die immer neue Anregung brachte; die Erwägungen über unabsehbare Konsequenzen, die ein Kohlenstreik zur Folge haben könnte, wechselten mit einer günstigen Beurteilung der Sachlage. Teilweise lautgewordene Befürchtungen, daß man am Quartalsende nicht ohne einen 8 %igen Banksatz auskommen werde, erwiesen sich nicht als berechtigt und dienten nur dazu, vorübergehend fest verzinsliche Werte im Kurs zu werfen; im ganzen aber wiesen diese eine steigende Tendenz auf und die Emissionen von fünf Stadtanleihen wurden erheblich überzeichnet. Im übrigen aber war die Emissionstätigkeit nicht übertrieben rege. Die vom Kapitalmarkt aufgebrachten Summen weisen im verflossenen Vierteljahr mit 61,2 Mill. £ eine Höhe auf, die die Vorkriegszeit im 3. Vierteljahr, in der die Emissionstätigkeit am geringsten zu sein pflegt, zwar nicht kannte. Nimmt man aber auf die Entwertung des Geldes Rücksicht, so ist die Summe nicht allzu groß (1913 30, 1912 40,7 Mill. £). Dagegen ist die Verwendung des Geldes eine ganz andere geworden; im Jahre 1912 und 13 wurden während der ersten drei Vierteljahre von 151,0 bzw. 150 Mill. £ nur 36,5 bzw. 25,6 Mill. £ im Vereinigten Königreich verwandt, der Rest in Übersee (davon 35,5 bzw. 56,9 Mill. £ für britische Besitzungen, und 79,0 bzw. 67,8 für fremde Länder). In den ersten neun Monaten 1920 aber fanden 264,6 Mill. £ im Vereinigten Königreich, 25 Mill. £ in den britischen Besitzungen und 4,7 Mill. £ in fremden Ländern Verwendung.

Dr. Th. Plaut

Rußland

Kritische Lage der Sowjetregierung — Unaufhaltbarer Verfall — Minimale Arbeitsleistungen

Während das radikale Proletariat Deutschlands, Frankreichs und Italiens immer geneigter zu werden scheint, sich der politischen Führung der russischen Kommunistischen Partei zu unterwerfen, durchlebt deren Herrschaft in Rußland die schwerste Krisis. Eine Fortführung des polnischen Krieges scheint so gut wie ausgeschlossen, — die Annahme der polnischen Friedensbedingungen gleichfalls. Denn die Regierung der Sowjets hat ja selbst alles von ihr abhängende dazu getan, das russische Nationalgefühl zu neuem Leben zu erwecken. Wenn nun die gleiche Regierung, die die Verteidigung der Ukraine, Galiziens, Podoliens und Wolhyniens als nationale Ehrenpflicht des werktätigen Volkes Rußlands bezeichnet hat,

Teile dieser Gebiete aufgibt, so wird sie dem gleichen Vorwurf nicht entgehen können, der dem Zarismus zum Verhängnis wurde: Rußlands Aufteilung zugelassen zu haben. Heute erst ist es, z. B. durch die sehr bemerkenswerten Erinnerungen Stankewitschs, endgültig klar geworden, daß die russische Revolution von 1917 nur deshalb gelang, weil man dem alten Regime jede Möglichkeit, Rußland weiter zu verteidigen, absprechen konnte. So drängt sich denn diese Erinnerung und Parallele einem unwillkürlich auf und man versteht, daß die russische Regierung heute um ihr Prestige im nationalgesinnten roten Heere und im Volke kämpft. Käme jetzt noch eine Absage der USP. Deutschlands sowie der italienischen und

französischen Radikalsozialisten dazu, dann könnte auch die „Weltrevolution“ den russischen Massen nicht mehr als letzte Rettung des Sowjetsystems in Aussicht gestellt werden. Doch muß wohl angenommen werden, daß gerade das Unglück des Bolschewismus ihm in den Augen der kommunistischen Arbeiter Westeuropas neue Sympathien erwirbt, die blind, wie sie ist, alle Fehler vertuscht, um nur ja, den Glauben an die Kraft proletarischer Politik nicht zu erschüttern. Da heute, nach dem Bekanntwerden der Schilderungen der Moskaufahrer, alles mögliche für eine Aufklärung über das wahre Gesicht des Bolschewismus geschehen ist, so muß eben hingenommen werden, daß die radikalen Massen nicht wissen wollen was sie tun, da ihnen ihr Glaube an Lenin wichtiger ist als alle Tatsachen. Von diesem Glauben lebt ein System, das sich und seine Lehren längst verleugnet hat und kämpft einen Kampf der gerade deshalb, weil er aussichtslos ist, auf den dunklen Trieb zum Heroismus, der in den Massen steckt, auf Aktivität und Selbstaufopferung rechnen kann. Dadurch jedoch, daß der Bolschewismus nur noch Glaubenssache ist, hat er selbst darauf verzichtet, durch objektive Tatsachen zu überzeugen. Dogmen hat man nie beweisen können, — es ist also auch zwecklos, weiterhin sich zu bemühen darzulegen, daß diese neue Massenreligion nicht hält, was sie verspricht, ja garnicht ausführen kann, was sie unermüdlich in Aussicht stellt. Ein englischer Staatsmann hat kürzlich die Resultate des Bolschewismus endgültig festgestellt: die Reichen arm, aber die Armen nicht reicher gemacht zu haben. —

Die gegenwärtige innerpolitisch und wirtschaftlich dringlichste Aufgabe der Sowjetregierung ist der Versuch, den Verfall aufzuhalten. Nach allen — allerdings sehr bruchstückhaften — Nachrichten mißlingt auch dieses. Es fehlt an allen Voraussetzungen solidarischer Gesinnung, ohne die der Arbeitszwang wohl Versklavung, aber keine Leistungen zur Folge hat, wie Gorki dies kürzlich ausführlich dargestellt hat. Wie wenig geleistet wird, zeigt z. B. ein Bericht der Hauptverwaltung der Vereinigten Staatlichen Maschinenbauanstalten („Gomsa“). Während im Februar 1920 im allgemeinen mehr geleistet worden ist als im Januar, so wird ersichtlich, daß das vorgesehene Produktionsprogramm (das wohl auch niedrig genug bemessen sein dürfte) nicht im entferntesten erreicht werden konnte, ja daß bei einzelnen Fabrikaten nur 2,5, 12 und 17 % der erwarteten Leistung erreicht worden ist.

Die Leistungen der größten Maschinenbauwerke Kolomna, Ssormowo, Kulebask, Mytischtschi, Wiksnusk, Rybinsk Twer, Brjansk betrugen:

	Fertiggestellt im Februar 1920	Zu % der Fertigstell. im Jan. 20	Zu % d. im Prog. vor- gesch. Leist.	Fertiggestellt vom 1. 1.—1. 3. 1920
Neue Lokomotiven.....	1	50	12	3
Reparierte Lokomotiven.....	11	79	47	25
Konstruktionsänderungen an Lokomotiven.....	1	33	63	4
Offene Güterwagen.....	3	116	43	69
Personenwagen.....	3	150	28	5
Reparierte Güterwagen.....	95	151	17	158
„ Personenwag.....	6	120	23	11
Lokomotiv- u. Wagenteile	722 Pud	347	5	930
Radreifen.....	—	—	—	31 906 Pud
Pflüge.....	75	167	2	120
Eiserne Brücken.....	5 695 Pud	249	43	7 981 Pud

	Fertiggestellt im Februar 1920	Zu % der Fertigstell. im Jan. 20	Zu % d. im Prog. vor- gesch. Leist.	Fertiggestellt vom 1. 1.—1. 3. 1920
Holzbrücken.....	2 Werst 20 Faden	200	20	3 Werst 30 Faden
Brückenteile.....	330 Pud	500	—	396 Pud
Profileisen.....	55 431	136	62	86 278
Eisenblech.....	13 062	70	29	31 750
Schwarzblech.....	5 850	246	80	8 255
Rohbarren.....	24 546	85	84	53 333
Granguß.....	2 654	75	26	6 207
Knüppel für Geschirr...	400	104	25	785
Rohre, Draht, Nägel, Spat., Pflugscharen, Riester..	16 715	700	47	19 103

Auch aus dem Bericht der „Hauptverwaltung der Industrie farbiger Metalle“ ist zu entnehmen, daß das Produktionsprogramm in den ersten Monaten des Jahres 1920 nicht entfernt erfüllt werden konnte, obgleich damals die Arbeitsarmeen noch intakt gewesen sein sollen und die Einberufung qualifizierter Arbeiter noch nicht stattgefunden hatte. Heute, wo alle Jahrgänge der Reserven wieder an den Fronten stehen, dürften also die Leistungen noch geringer sein.

Die Leistungen der Fabriken in Koltschugin, Kirschatsch, Ssiwerskaja und der Brennerwerke in Moskau betrugen in Pud:

Neusilber: Programm 9000, Leistung 7047.

Sonstige Artikel: Programm 3500, Leistung 1200.

Artikel für Massenkonsum: Teemaschinen, Geschirr, Knöpfe: Programm 800, Leistung 320. (Die Angaben sind unvollständig und beziehen sich nur auf Teemaschinen.) Brenner: Programm nicht angegeben, Leistung 7200.

Die geringen Arbeitsleistungen haben eine Zusammenlegung der Betriebe zur Folge gehabt, was jedoch die Produktionsleistungen nur unwesentlich steigerte. Von 58 Goldwäschereien z. B., die noch 1919 in Rußland im Betrieb waren, sind jetzt nur noch 4 tätig. Gold ist im ersten Halbjahr 1920 gewonnen worden: 68 Pud, 9 Pfund und 13 Solotniki, verteilt auf die Lenabetriebe, den Ural, West- und Mittelsibirien. Platin (im Ural): 6 Pud 1 Pfund und 56 Solotniki, wozu noch die von Koltschak abgenommenen Mengen Platin: 13 Pud 5 Pfund und 31 Solotniki kommen. Chemische Fabriken, die diese Metalle rein schmelzen können, gibt es überhaupt nicht, so daß die angeführten Mengen Platin und Gold zu anderen Zwecken verwandt sein sollen.

An diesen Beispielen kann ersehen werden, wie schlecht die Arbeitsleistungen trotz Arbeitszwang, Diktatur, kommunistischer Sonnabende und den unausgesetzten Rufen zur Besinnung und Arbeit tatsächlich sind. Es ist bei solchen Arbeitsverhältnissen daher verständlich, wenn selbst diejenigen internationalen Finanz- und Industriegruppen, die an sich geneigt sind, jetzt schon an den russischen Wiederaufbau heranzugehen, ihre neuen Unternehmungen in die Randstaaten zu verlegen gedenken. Die russische Presse bestätigt jetzt die Nachricht der „Times“, daß Vanderlip, der Präsident der „National City Bank“, am 17. 9. in Moskau eingetroffen ist. Der amerikanische Bankier soll beabsichtigen, in Estland Stahlwerke und Eisenbahnwerkstätten zur Belieferung der russischen Bahnen zu bauen. „Observer“ behauptet, Vanderlip vertrete einen amerikanisch-französisch-deutschen Konzern, und hätte alle Aussicht, sich mit der Sowjetregierung seinen Plänen entsprechend zu verständigen.

Dr. Hans von Eckardt

Vorderasien

Der Unfriede von Sèvres — Zur Wirtschaftslage in den neuen Ländern

Der Friede von Sèvres, härter und gewalttätiger als irgend einer der Friedensverträge, die die Entente bisher mit den ehemaligen Verbündeten der Türkei geschlossen hat, ist von den türkischen Delegierten am 10. 8. unterzeichnet worden. Aber weit entfernt davon, daß mit ihm nun endlich Ruhe und Ordnung in die seit einem Jahrzehnt durch Kriege entvölkerten und verarmten, von innerer Zwietracht zerrissenen Länder des Osmanenreiches eingezogen wäre, ist vielmehr durch ihn nur die Saat zu neuem Hader und neuem Unheil über das unglückliche Vorderasien ausgestreut worden. In Anatolien haben zwar nach blutigen Kämpfen und Massacres, ohne die nun einmal die Völker des Orients ihren Streit nicht ausfechten zu können scheinen, die Griechen das ihnen zugesprochene Gebiet von Smyrna besetzt und damit vielleicht die teuer erkauften Vorbedingungen für eine zukünftige ruhige Entwicklung dieser Gegenden geschaffen.

Im Innern aber wehrt sich noch immer Mustafa Kemal Pascha mit seinen Anhängern erfolgreich dagegen, die Zerstückelung seines Vaterlandes anzuerkennen. Nur an den Küsten des Schwarzen Meeres gebietet die Entente, soweit die britischen Kanonen reichen. Armenien und Kurdistan haben bisher weder eine Mandatarmacht gefunden, noch bestehen sie überhaupt irgendwo anders als auf dem Papier des Vertrages von Sèvres. In Cilicien sind die Franzosen dabei, das Land zu „beruhigen“. In Syrien, wo sich eben unter der national-arabischen Herrschaft des Emir Feissal die Verhältnisse zu stabilisieren begannen, hat das überraschende, vertragswidrige Vordringen der Franzosen auf Damaskus und Aleppo neuen Anlaß zu Kampf und Unruhe gegeben. Emir Feissal, der Schützling und Helfer Englands während des Krieges, mußte die Wahrheit des Spruches vom perfiden Albion erfahren, das ihn um den Preis der Ölquellen von Mossul Frankreich preisgab. Palästina ist durch britisches Machtwort ein „home“ für das jüdische Volk geworden; allein die Masse der eingesessenen Araber regt sich grollend überall im Lande gegen die fremden Eindringlinge. Am schlimmsten aber sieht es in Mesopotamien aus, wo von Mossul bis Basra das Volk gegen die Engländer im Aufruhr steht. Der einzige Landrest aus der Konkursmasse der Türkei, der sich relativ geordneter Verhältnisse erfreut, ist — früher eine Quelle ewiger Beunruhigung — das bislang von fremder Okkupation verschont gebliebene Königreich Hedschas.

Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn die Wirtschaftsverhältnisse in jenen Gebieten fast überall noch recht verworren und düster sind. Anatolien kann vorläufig aus jeder handelspolitischen Betrachtung, die sich nicht lediglich auf Zukunftshoffnungen aufbaut, ausscheiden. Konstantinopel und die Küstengebiete am Ägäischen und Schwarzen Meer haben zwar infolge des durch die lange Kriegszeit eingetretenen Warenhungens einen lebhaften Importhandel aus den Entente- und neutralen Ländern aufzuweisen und auch die Ausfuhrziffern der einzelnen Häfen, sofern sie einigermaßen zuverlässig sind, zeigen in einigen Fällen sogar eine Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit. Dies mag aber zum großen Teile daher rühren, daß in manchen dieser Häfen, wie z. B. in Samsun und Trapezunt, beträchtliche Mengen von Waren — Tabak, Wolle, Nüsse usw. — aufgestapelt waren, die während des Krieges und der unmittelbar folgenden Monate nicht abtransportiert werden konnten und nun auf

einmal auf den Markt geworfen wurden. Da aber das Hinterland infolge der Unruhen heute im wesentlichen unproduktiv und zudem von der Küste so gut wie abgeschnitten ist, wird dieser künstliche Aufschwung bald erlahmen. Die Teuerung ist überall, auch an der Küste, ganz ungeheuerlich. In Konstantinopel kostet eine einfache Mahlzeit noch jetzt 2 Ltq und mehr (zum Vorkriegskurse 40 M); in Mersina wird nach französischen Berichten 1 kg Zucker mit 65 Piastern gegen 2 Piaster vor dem Kriege, 1 kg Kaffee mit 80 Piastern gegen 6 Piaster bezahlt.

Ähnlich sind die Verhältnisse in Syrien. Hier ist gerade die Kornkammer, der Hauran, die Heimat der Drusen, der unruhigste Teil des Landes. Infolgedessen haben die mangels geeigneter Verkehrswege von jeher unzureichenden Zufuhrverhältnisse nach dem getreidearmen Libanongebiet zu einer nahezu katastrophalen Lebensmittelknappheit im westlichen Teile des Landes geführt. Die überstürzte Einführung der Frankenwährung im Zusammenhang mit der Entwertung des türkischen Geldes hat die Lage nicht verbessert, ebensowenig wie die Anwesenheit erheblicher Truppenmassen, die wenigstens teilweise aus dem Lande verpflegt werden müssen, zur Linderung der Not beiträgt.

Etwas aussichtsreicher ist die Lage in Palästina, dem „Jewish home“. Hierher hat die Eröffnung des Landes für die jüdische Einwanderung zwar bisher noch nicht allzu starken Zufluß an Einwanderern, dafür aber umso mehr an Kapital und Unternehmungsgeist gelenkt. An Projekten für Wegebauten, Bahnen, Anforstungen, Hafenanlagen, Banken und landwirtschaftlichen Unternehmungen ist kein Mangel und es steht außer Zweifel, daß die politische Vereinigung und die vorzügliche Bahn- und Schiffsverbindung mit dem blühenden Ägypten dem Heiligen Lande ungleich günstigere Aussichten gewährt, als dem nördlich benachbarten Syrien. Dazu kommt, daß in landwirtschaftlicher Hinsicht Palästina nicht nur durch seine reiche Küstenebene, sondern auch durch sein Hinterland, das Ostjordangebiet, ernährungstechnisch sichergestellt ist. Vorbedingung für eine günstige Entwicklung ist allerdings, daß es den Engländern gelingt, die Gegensätze zwischen den verschiedenen Elementen der Bevölkerung auszugleichen. Daß sie in Palästina, im Gegensatz zu der anderswo von ihnen befolgten Praxis, eine Politik der allgemeinen Versöhnung anstreben, haben sie dadurch bewiesen, daß sie kürzlich den deutschen Siedlern, die sie nach Ägypten verschleppt hatten, die Rückkehr in ihre Kolonien gestattet haben.

In Mesopotamien dürfte der Handel, der im Jahre 1919 nach der kürzlich veröffentlichten „Compilation of Mesopotamian Customs Statistical Returns“ eine im allgemeinen günstige Entwicklung genommen hatte, infolge der Wirren dieses Jahres bedeutend zurückgegangen sein. Zahlen liegen natürlich noch nicht vor. Da jedoch die Bahnverbindungen überall unterbrochen waren und die Bodenbestellung infolge der andauernden Kämpfe gelitten haben wird, so ist mit Sicherheit auf einen schweren Rückschlag zu rechnen. Das bei weitem aussichtsreichste Handelsgebiet Mesopotamiens wird in Zukunft das Vilajet Mossul sein, dessen Ölfelder auch nach britischer Ansicht allerdings erst in einigen Jahren voll abbaufähig sein werden. Ebenso wird an eine landwirtschaftliche Erschließung durch Regulierung der Flüsse erst nach Beendigung des Aufstandes gedacht werden können.

Große Möglichkeiten in wirtschaftlicher Hinsicht bietet das Hedschas und die angrenzenden Gebiete von Assir und Jemen. Der Krieg hat hier aus einer verkümmerten, nur von den Mekkapilgern lebenden osmanischen Provinz ein eigenes Staatswesen mit selbständigen Bedürfnissen geschaffen. Der Charakter des im wesentlichen für den Ackerbau ungeeigneten Landes verweist seine Bewohner fast ausschließlich auf den Handel. Als Einfuhrartikel werden neben Lebensmitteln, die bisher aus Indien und Ägypten eingeführt wurden, alle euro-

päischen Erzeugnisse in Betracht kommen, deren ein junges, eben erst westlicher Kultur sich erschließendes Volk bedarf. Für den Export liefert Arabien unter anderen so hochwertige Waren wie Gummi, Henna, Perlen, Schildpatt. Weit ergiebiger noch wird sich der Handel in Arabien gestalten, wenn erst die südlich an das Hedschas grenzenden Gebiete des Assir und Jemen erschlossen sein werden, die von den wenigen Europäern, die sie bereist haben, als wahres Wunderland an Bodenschätzen geschildert werden.

Cp.

Algerien

Zur Bewaffnung der Eingeborenen — Produktion, Schiffsverkehr und Außenhandel

Das verhängnisvolle Gesetz vom 4. 2. 19 zieht weitere Kreise. Außer dem Erwerb des französischen Bürgerrechts ermöglicht es den Eingeborenen auch das Waffentragen. Das hatte zur Folge, daß in Monatsfrist alle Waffen ausverkauft waren, so daß die Händler neue Bestellungen im Mutterland, das ja dank dem Friedensvertrag noch mehr als durch den Krieg ein ungeheures Arsenal geworden war, machten. 100 000 Handfeuerwaffen sollen in kurzer Zeit von Frankreich nach Algier verschifft worden sein. Allerdings tröstet sich der „Temps“ damit, daß Algerien allein von allen muhammedanischen Ländern der Levante und des nahen Orients keine nationalistische Bewegung aufwies, „weil die Eingeborenen genügend Recht und genügend Selbständigkeit zugebilligt erhalten hätten, um ihre Interessen mit friedlichen Mitteln wahren zu können“. Deshalb herrsche auch hier nicht die „ägyptische Unrast“. Daraus aber folge, daß man die Rechte der Eingeborenen nicht beschränken, sondern im Gegenteil erweitern müsse. Dasselbe verlangt der arabische Finanzbeirat, der damit in scharfen Gegensatz tritt zu der Jahrestagung der algerischen Bürgermeister und Ortsvorsteher, die am 27. 5. beschlossen hatten, daß die den Eingeborenen seit 1914 bewilligten Rechte rückgängig gemacht würden, weil sich gezeigt habe, daß sie der allgemeinen Unsicherheit Vorschub leisteten. „Temps“ führt das Bandenunwesen aber darauf zurück, daß der durch Gesetz vom 14. 7. 14 eingeführte Ausnahmezustand nur auf fünf Jahre eingeführt, also im Juli 1919 abgelaufen sei. Damit hätte die Lokalbehörde ihre außerordentlichen Befugnisse verloren. Hinzu komme das schwerwiegende wirtschaftliche Moment der Mißernte. Und das sei wohl der Hauptgrund. Sei dem, wie ihm sei. Auch Algier befindet sich seit dem Kriege und namentlich seit der Rückkehr der „aufgeklärten“ farbigen Kriegsteilnehmer in einem Zustand der „Unrast“, und mögen auch Konzessionen ein besseres Gegenmittel sein als Repressalien: Konzessionen in Verbindung mit Bewaffnung der Unzufriedenen scheint uns auf alle Fälle verkehrt zu sein.

Im Zusammenhang mit diesem von Frankreich durch die Kriegsteilnehmer importierten „neuen Geiste“ stehen wohl auch die Streiks, über die lebhaft geklagt wird, und die die Freude über die erhoffte Lösung der Arbeiterfrage durch die Rückkehrenden erheblich beeinträchtigen. Darunter leiden nicht nur einzelne Gewerbe, sondern die Volkswirtschaft allgemein, da gerade die Verkehrsgewerbe betroffen sind, deren andauernde Tätigkeit für den Austausch der landwirtschaftlichen und bergmännischen Erzeugnisse gegen Nahrungsmittel, Rohprodukte, Maschinen und sonstige Fertigfabrikate unerlässlich ist. Umsomehr als Algerien große Mengen leicht verderblicher Waren wie Zitrusfrüchte, Datteln, Trauben

und Gemüse ausführt, deren Liegenbleiben jedesmal großen Schaden verursacht. So haben die Schauerleute und die Bahnangestellten gestreikt. Im Gegensatz zu der oben angeführten Auffassung des „Temps“ sagt dazu das „Echo d'Algier“ bezeichnenderweise: „Das dank dem Egoismus seiner Verbündeten von gestern drangsalierte Frankreich wird von seinen eigenen Söhnen verlassen, denn die Eingeborenen zürnen Frankreich, das ihnen allzuviel Nachsicht bewiesen hat.“

Was Algier für Frankreich im Kriege bedeutet hat, erhellt aus folgenden Zahlen: Während die Brotgetreideerzeugung des Mutterlandes von 1913 bis 1917 auf weit unter die Hälfte sank, so daß sie statt 8,7 nur noch 3,9 Mill. t betrug — lieferte Algier in den vier Kriegsjahren 1½ Mill. t, also etwa den zwölften Teil; ferner an Futtermitteln ¼ Mill. t, entsprechende Mengen an Gemüse, Kartoffeln und Früchten. Die Viehzucht versorgte das Mutterland mit 120 000 Rindern, über 3½ Mill. Stück Kleinvieh, 32 000 t Wolle, großen Mengen Häute und Felle. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Algerien in normalen Zeiten einen Einfuhrüberschuß an Getreide hatte. Dies in Verbindung mit der Mißernte hat dazu geführt, daß Algerien von der Versorgung Ostmarokkos mit Getreide entbunden worden ist und sogar 2000 t von dort Ende Dezember zurückerhalten soll, soweit dies nicht bereits geschehen ist (450 t). Auch für das laufende Jahr steht keine gute Ernte in Aussicht. Der Ende Juli sehr heiße Scirocco hat ¼ der Weinernte vernichtet. Er kostet 55—80 fr je hl. Auch das Getreide ist schlecht ausgefallen, so daß ein Ausfuhrverbot erlassen werden mußte. Nur der Tabak ist sehr zufriedenstellend. Auch eine andere Hauptkultur des Landes, die Dattel, macht der Regierung Sorgen. Wie die „Orient Korr.“ mitteilt, ist die Ausfuhr unter der großen Nachfrage nach Nahrungsmitteln während des Krieges auf das Doppelte — 10 000 t — gestiegen bei 6 Mill. Bäumen. Diese Anzahl könnte erheblich vermehrt werden, wenn nicht in den letzten Jahren kalifornische Obstzüchter unter Ausnutzung der Valutagunst regelmäßig die größere Hälfte aufgekauft hätten, wodurch auch die Preise außerordentlich gestiegen seien. Der Hauptausfuhrartikel bleibt immer Wein und Alkohol mit durchschnittlich 27 Mill. hl Wein und ½ Mill. hl reinen Alkohols. Der Geldwert des Weins ist um ein Vielfaches gestiegen: 1914 87,6, 1915 181,3, 1916 260 Mill. fr. Dieses ist natürlich den französischen Winzern ebenso ein Dorn im Auge wie den französischen Großgerbereien die Tatsache, daß die Häute und Felle (1914 7,8, 1916 9,1 Mill. fr.) in immer größerem Umfange im Lande selbst gegerbt werden.

Die Urproduktion an Mineralien ging 1919 zurück, woran Arbeitermangel, Streiks und die mangelhaften Transportverhältnisse Schuld sind. Es wurden in t

	1918		1919	
	gefordert	ausgeführt	gefordert	ausgeführt
Kohle	—	—	6 239	5 430
Eisen	877 486	326 984	735 579	758 199
Petroleum	1 026	—	833	804
Blei	13 060	17 891	8 457	8 614
Zink	4 947	4 232	2 652	2 085
Antimon	7 229	7 110	—	—
Kupfer	—	—	410	—
Eisenschwefelkies	14 378	9 762	11 874	11 919
Zinn	15 316	25 056	10 616	1 431

Von den Kohlenlagern bei Kinsadsa (Oran-Alger) wird gemeldet, daß man die tägliche Förderung von 100 t in Kürze zu verdoppeln hofft. In Perrigaux ist eine Preßkohlenfabrik errichtet worden.

Über die geologische Formation der acht Petroleumzonen gibt die „Information“ vom 5. 9. 20 eine Karte und fachmännische Aufschlüsse. Danach gibt es bei 400 Fuß Tiefe 5000 t Öl. Es ist reich an Benzin und kostet 450 fr je t.

Der Handel Algeriens ist zurzeit gänzlich lustlos. Dampferkohlen sind nicht zu haben; Schiffe, die gern angelaufen wären, konnten es nicht tun wegen Mangel an Bunkerkohlen. Trotzdem hat sich der Schiffsverkehr in den ersten sechs Monaten 1920 gegen 1919 sehr gebessert: 1342 französische Schiffe mit 1 417 069 Tonnen luden und löschten im ganzen 757 004 Tonnen, während 1846 fremde Schiffe mit 1 602 921 Tonnen im ganzen 1 437 219 Tonnen beförderten. Daraus ergibt sich, daß mehr Handel mit dem Ausland betrieben wurde als jemals zuvor.

Die Bland-Linie steht im Begriff eine neue Verbindung zwischen Marokko, Algier und Tunesien herzustellen; der Dampfer „Djebel Sersan“ soll Tunis, Algier, Oran, Gibraltar, Tanger und Casablanca anlaufen. Die Eisenbahnen Algeriens zeigten in den ersten drei Monaten die doppelte Einnahme des vorhergehenden Jahres (1919 9 115 000, 1920 18 620 222 fr.). Der Crédit Foncier von Algerien und Tunesien hat sein Kapital auf 125 Mill. fr erhöht. Die Ausgabe für Verbesserungen der Häfen Algeriens betragen: 22 Mill. fr für Bongie, 2,275 Mill. fr für Collo, 1,6 Mill. fr für Bone, 10 Mill. fr für Djidjelli und 162,5 Mill. fr für Algier.

Der Gesamtaußenhandel 1919 betrug 2288 Mill. fr und scheint dank der Zunahme der Tonnage 1920 noch im Aufsteigen begriffen zu sein. Ausgeführt wurden in Mill. fr:

	1914	1917	1919		1914	1917	1919
Getreide...	74,5	49,9	304,2	Gefrierfleisch.	—	0,3	14,0
Alkohol....	—	88,9	177,6	Häute, Felle, Wolle.	18,1	8,6	23,3
Tabak	12,6	6,1	41,1	Gries	—	3,8	22,4

Auf die Ausfuhr entfielen 1919 1344, auf die Einfuhr 944 Mill. fr. An der Einfuhr war Frankreich beteiligt: 1915 mit 287,5 Mill. fr, 1916 mit 380, 1917 mit 392, 1918 mit 466 und 1919 mit 619 Mill. fr; während das Ausland 1917 mit 157, 1918 mit 207, 1919 mit 323 Mill. fr beteiligt war, d. h. der Anteil des Auslandes ist von 1917 bis 1919 um mehr als 106 %, der Frankreichs nur um 58 % gestiegen, was dem „Sém. de Marseille“ begreiflicher Weise Sorgen macht. Frankreich arbeitet eben auf seinen „Lorbeeren“ nicht!

Hans Zache

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
	12. 10.	12. 10.	9. 10.	12. 10.
	M	M	fl	fr
Amsterdam .. 100 fl	2093,75	2080,40	—	193,60
Barcelona ... 100 Pesetas	970,—	964,—	47,10	90,25
Berlin	—	—	5,05	9,25
Brüssel	467,50	464,50	22,65	43,30
Budapest	—	18,23	—	—
Buenos Aires. 100 Pesos	—	—	—	227,—
Helsingfors .. 100 FM	180,—	180,80	—	—
Kopenhagen .. 100 Kr	940,—	939,—	45,20	87,50
Kristiania ... 100 Kr	927,50	924,05	44,80	86,50
London	235,37½	235,—	11,32	21,87
Madrid	970,—	964,—	47,—	90,25
New York	67,69	66,93	3,22	6,26
Paris	442,50	438,05	21,50	40,05
Prag	83,—	83,—	—	7,90
Rom	272,—	264,70	12,60	24,35
Stockholm ... 100 Kr	1325,—	1318,65	64,10	122,75
Wien	24,50	24,47	1,15	2,25
Zürich	1075,—	1066,40	51,65	—

	Wien	Prag	Paris	London	New York
	9. 10.	9. 10.	9. 10.	11. 10.	11. 10.
	K	K	fr	*)	\$
Amsterdam. 100 fl	9550,—	—	466,—	11,30	—
Berlin	553,50	121,75	23,75	228,—	1,53
Kopenhagen 100 Kr	4300,—	—	—	—	—
London	1 £	—	52,74½	—	3,45 60 Tg.
New York	1 \$	—	14,98½	3,50½	—
Paris	100 fr	—	—	53,10	6,60
Wien	100 K	21,82	—	—	—
Zürich	100 fr	5000,—	240,50	21,62½	—

*) Die Notierungen in London werden angegeben für ausländ. Einheiten in 1 £

Abweichungen von der Münzparität in:

	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	Wien
	9. 10.	12. 10.	12. 10.	12. 10.	9. 10.
Reichsmark	—91,48	—92,51	—87,79	—91,45	+370,82
Dt. österr. Krone	—97,72	—97,82	—	—	—
Französ. Frank.	—55 21	—58,95	—34,37	—53,27	—
Pfund Sterling .	— 6,52	—17,25	+38,11	— 2,12	—
Dollar	+29,32	+20,79	+93,30	+36,46	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	2. 10.	9. 10.
Alexandrien.....	977/16 d pari	977/16 d pari
Bombay/Kalkutta....	1 s 9¼ d—1 s 9¾ d	1 s 7¾ d—1 s 7¾ d
Hongkong	4 s 3 d—4 s 4 d	4 s 0 d—4 s 1 d
Schanghai	5 s 10¼ d—6 s 0 d	5 s 5½ d—5 s 7 d
Singapore	2 s 3¼ d—2 s 4 d	2 s 3¼ d—2 s 4 d
Yokohama	2 s 10¾ d—2 s 11 d	2 s 10¾ d—2 s 11¼ d
Montevideo T. T.	56¾ d—57¾ d	56¾ d—57¾ d
Rio de Janeiro	12¾ s d	12¼ d
Buenos Aires T. T.	56½ d—57 d	56½ d—57½ d
Valparaiso 90 T.....	—	107/8 d

Die Notenbanken im September

	Deutsche Reichsbank			
	(in 1000 M)			
	Metallbestand	davon Gold	Reichs- u. Darlehns-Kassenscheine	Noten anderer Banken
7. 9. 20	1 098 326	1 091 666	18 649 921	1207
15. 9. 20	1 098 211	1 091 664	18 849 145	1589
22. 9. 20	1 098 629	1 091 665	18 980 197	2021
30. 9. 20	1 098 551	1 091 660	19 861 355	1364
Monatlicher Durchschnitt				
Sept. 1920.	1 098 429	1 091 664	19 085 155	1545
gegen Vormonat	— 264	— 10	+ 991 725	— 486

	Wechsel u. Schatz- anweisungen	Lombard- Darlehen	Effekten- Bestand	Sonstige Aktiva
7. 9. 20	44 860 201	34 040	246 576	11 546 343
15. 9. 20	49 719 815	19 064	250 690	11 791 201
22. 9. 20	46 933 499	9 562	260 050	11 883 972
30. 9. 20	54 995 623	3 709	217 067	11 185 796
Monatlicher Durchschnitt				
Sept. 1920.	49 127 285	16 589	243 596	11 601 828
gegen Vormonat	+ 5 488 949	+ 6 951	- 57 796	- 281 236

	Noten- umlauf	Giro- Verbindlich- keiten	Sonstige Passiva	Umlauf der Darlehens- Kassenscheine
7. 9. 20	58 752 267	12 074 488	5 325 601	13 303,4 Mill.
15. 9. 20	58 927 894	17 206 870	5 310 693	13 123 2 "
22. 9. 20	59 263 669	14 217 367	5 402 644	12 991,9 "
30. 9. 20	61 735 489	20 053 596	5 290 122	13 347,7 "
Monatlicher Durchschnitt				
Sept. 1920.	59 669 828	15 888 080	5 332 265	13 191,6 "
gegen Vormonat	+ 2 775 638	+ 1 795 403	+ 1 586 810	- 16,1 "

Bank von England (in 1000 £)

	Barvorrat	Portefeuille	Regierungs- Sicherheiten	Notenumlauf	Guthaben d. Privaten
1. 9. 20	123 082	75 467	57 408	126 533	113 340
8. 9. 20	123 077	76 341	59 628	125 909	116 989
15. 9. 20	123 093	83 391	56 103	125 165	122 575
22. 9. 20	123 065	88 723	35 518	125 486	105 448
29. 9. 20	123 115	109 313	21 888	127 491	111 027

	Guthaben des Staatschatzes	Notenreserve	Gesamtreserve an Gold und Noten	Verhältnis der Reserve zu den Verbindlichk.
1. 9. 20	16 433	13 470	14 999	11,50 %
8. 9. 20	16 501	14 097	15 619	11,75 "
15. 9. 20	15 202	14 843	16 379	11,88 "
22. 9. 20	16 707	14 523	16 029	13,13 "
29. 9. 20	16 139	12 528	14 074	11,13 "

Currency Notes

	Umlauf	Golddeckung	Regierungs-Sicherheiten
1. 9. 20	351 105	28 500	325 064
8. 9. 20	351 560	28 500	324 374
15. 9. 20	350 941	28 500	323 975
22. 9. 20	349 667	28 500	321 925
29. 9. 20	350 497	28 500	322 425

Bank von Frankreich (in Mill. fr)

	Gold in der Kasse	Gold im Auslande	Silber	Guthaben beim amer. Staatschatz	Auslands- Guthaben
2. 9. 20	3612	1978	255	52	689
9. 9. 20	3592	1978	255	52	676
16. 9. 20	3542	1978	255	52	634
23. 9. 20	3533	1957	261	52	613
30. 9. 20	3531	1948	256	52	1080

	Wechsel vom Moratorium nicht betr.	gestundete Wechsel	Vorschüsse auf Wert- papiere	Vorschüsse an den Staat	Vorschüsse an Private
2. 9. 20	2167	487	1926	26 500	—
9. 9. 20	1937	486	2009	26 700	—
16. 9. 20	1860	484	1991	26 800	—
23. 9. 20	1965	483	1983	26 800	—
30. 9. 20	2293	481	1988	26 800	—

	Vorschüsse a. d. Verbündeten	Noten- umlauf	Staats- guthaben	Privat- guthaben
2. 9. 20	3915	38 333	65	3041
9. 9. 20	3920	38 622	40	3259
16. 9. 20	3925	38 666	35	3026
23. 9. 20	3925	38 690	59	3025
30. 9. 20	3935	39 208	56	3251

Geldverfassung und Währungspolitik

Die Funktionen der aufgelösten jugo-slavischen Devisenzentrale übernimmt das Generalinspektorat des Finanzministeriums. Der ausländische Käufer muß sich die jugo-slavische Devisen auf dem jugo-slavischen Geldmarkt selbst beschaffen. Den Ankauf fremder Valuten von ausländischen Käufern werden die Nationalbank, ihre Filialen und die besonders hierzu befugten Geldinstitute, die mindestens 1 Mill. Dinar Aktienkapital aufweisen sollen, durchführen. Ein Drittel dieser Devisen ist an den Staat bzw. die Narodna Banka abzuführen. Auch über den Verkauf jugo-slavischer Devisen

für den Einfuhrhandel soll eine Kontrolle ausgeübt werden. („Industrie- und Handelsztg.“, Nr. 221 v. 1. 10. 20.)

Um Valutaspekulationen zu begegnen, hat der schweizer Bundesrat beschlossen, die Einfuhr von ausländischen 5 fr-Stücken der lateinischen Münzunion zu verbieten. („Deutsche Allgem. Ztg.“, Nr. 490 v. 5. 10. 20.)

Die Goldgewinnung in der kanadischen Provinz Ontario nimmt an Bedeutung zu. Sie belief sich in den ersten 6 Monaten d. J. auf 277 656 Unzen im Werte von 5 739 150 \$. Damit hat der Wert des erzeugten Goldes denjenigen des Silbers seit 1903 zum ersten Male wieder übertraffen. In der gleichen Zeit wurden 4 474 322 Unzen Silber gefördert. („Financial News“, Nr. 11 081 v. 29. 9. 20.)

Nach einem Bericht der amerikanischen Handelskammer in Mexiko betrug dort die Gewinnung von Gold und Silber in kg:

	1916	1917	1918	1919
Gold	11 748	23 543	25 313	22 944
Silber	926 142	1 306 988	1 944 542	1 949 673

(„Information“, Nr. 274 v. 2. 10. 20.)

Staatsanleihen

Aus den Kreisen der englischen Teilnehmer an der Brüsseler Finanzkonferenz wird mitgeteilt, daß die englische Regierung Deutsch-Österreich einen Rohstoffkredit von 2 Mill. £ gewährt habe. („Deutsche Allgem. Ztg.“, Nr. 471 v. 25. 9. 20.)

Der holländischen Kammer ging ein Gesetzentwurf zu, nach dem der Finanzminister zur Gewährung von zinstragenden Krediten an Deutsch-Österreich, Ungarn, Polen, die Tschecho-Slowakei, Jugoslawien, Rumänien, die Ostseestaaten, Armenien und Georgien im Gesamtbetrag von 12,5 Mill. fl ermächtigt wird. Die Niederlande hatten sich auf einer Konferenz in Paris im April bereiterklärt, mittel- und osteuropäische Staaten durch Kredite zu unterstützen. („Nieuwe Rotterdamsche Courant“, Nr. 278 v. 7. 10. 20.)

Die neue 8 % norwegische Anleihe in New York von 20 Mill. \$ ist als Goldanleihe abgeschlossen worden und am 1. 10. 40 rückzahlbar. Für die ersten 10 Jahre soll ein Amortisationsfonds von 1 Mill. \$ jährlich zum Rückkauf von Stücken im freien Verkehr zu höchstens 110 % und Zinsen verwendet werden. Kann der Betrag auf diese Weise nicht ausgegeben werden, so finden Ziehungen statt, bei denen 110 % gezahlt werden. Nach dem 31. 4. 31 werden alle Amortisationsbeträge (vierteljährlich 250 000 \$) für Ziehungen zu 107½ % und Zinsen verwendet. Der geringe Restbetrag wird dann am 31. 10. 40 zu pari zurückgezahlt. („The Economist“, Nr. 4023 v. 2. 10. 20.)

Am 1. 1. 20 betrug die Staatsschuld Norwegens 1016,9 Mill. Kr, wovon 687 Mill. innere und 329,9 Mill. äußere Schuld war. („Commerce Reports“, Nr. 210 v. 7. 9. 20.)

Die polnische Regierung legt eine 4 % Staatsprämienanleihe von 5 Milliarden poln. M auf, die für eine 40 jährige Laufzeit mit jährlichen steuerfreien Kupons ausgestattet ist. In den ersten 20 Jahren sollen wöchentlich 1 Mill. M ausgelost werden; die erste Auslosung ist am 6. 11. („Frankf. Ztg.“, Nr. 718 v. 28. 9. 20.)

Am 31. 12. 19 betrug die Staatsschuld Schwedens 1567 Mill. Kr gegen 1656 Mill. Ende 1918. Davon waren fundierte Schulden 1282 bzw. 1097 Mill., schwebende 285 bzw. 559 Mill. Ende 1919 wurden von der fundierten Schuld verzinst: 93,3 Mill. zu 6 %; 442,6 zu 5 %; 78,0 zu 4½ %; 72,0 zu 4 %; 83,6 zu 3,6 %; 371,0 zu 3½ % und 41,06 Mill. zu 3 %. („Svensk Handelstidning“, Nr. 222 v. 3. 10. 20.)

Nach einer Mitteilung des tschecho-slowakischen Finanzministers wollen die in Amerika ansässigen Tschechen dem Heimatlande eine Summe von 200 Mill. \$ zu 6 % leihen. („Financial News“, Nr. 11 084 v. 2. 10. 20.)

Die französisch-englisch-italienische Abordnung bei der Verwaltung der türkischen Staatsschuld hat am 2. 10. mit der Aufsicht über die türkischen Finanzen begonnen. („Nieuwe Rotterdamsche Courant“, Nr. 276 v. 5. 10. 20.)

Die bolivianische Regierung hat bei der Nationalbank eine Anleihe von 400 000 bolivianischen \$ aufgenommen, die für Zinszahlungen in den Vereinigten Staaten und für die Yungas-Eisenbahn verwendet werden soll. („Financial News“, Nr. 11 086 v. 5. 10. 20.)

Die am 1. 10. 20 fälligen Zinsscheine der 4½ % steuerfreien Goldanleihe von 1906 der Republik Chile gelangen vom Fälligkeitstage ab zum kurzen Londoner Wechselkurse vom

Tage der Einreichung zur Auszahlung. Die früher fälligen, noch nicht verjährten Zinsscheine werden zu gleichen Bedingungen eingelöst. („Frankfurter Ztg.“, Nr. 727 v. 1. 10. 20.)

Neugründungen und Kapitalerhöhungen im September 1920 Aktiengesellschaften

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbe- gruppen	Neugrün- dungen Akt.-Kap. in 1000 M. Ausgabe- kurs in %	Kapitals- erhöhungen in 1000 M. Ausgabe- kurs in %
Ceres A.-G.	Flensburg	Landwirtsch.	500 100	— —
Lüb. Hochseefischerei A.-G.	Lübeck	Hochseefischer.	4000 108	— —
Wilhelmshav. Hochsee- fischerei A.-G.	Rüstringen	"	— —	2000 110
Dilling. Hüttenw. A.-G.	Dillingen	Erzbergwerk u. Hüttenbetrieb	— —	10687 160
Graphitwerk Kropf- mühle A.-G.	München	"	— —	2560 100
Metallgesellsch. A.-G.	Frankfurt	"	— —	21000 100
Oberschles. Eisen-Ind. A.-G. für Bergbau u. Hüttenbetrieb	Gleiwitz	"	— —	12000 125
Oberschles. Kokswerke u. Chem. Fabriken	Oberhansdorf bei Berlin	Kohlenbergbau	— —	13500 100
Schles. Kohlen- u. Koks- wke. Gottesberg A. G.	Gottesberg	"	— —	4000 100
Alkaliw. Sigmundshall „Texaco“, Petroleum- Produkte A.-G.	Bokeloh Hamburg	Salz, Kali Petrol., Erdöl	— — 300 100	300 107
Dt. Steinindustr. A. G.	Reichenbach	Marmorbrüche	— —	300 107
„Porta-Union“, Westf. Cement u. Kalkw., fr. Ver. Bremer Portland und „Porta-Union“	Bremen	Zement	— —	2400 1)
Portland-Cementwerk Schwanenbeck A.-G.	Halberstadt	"	— —	505 100
Stett. Portl.-Cem.-Fabr.	Stettin	"	— —	2425 105
Ver. Portl.-Cement- u. Kalkw. Schimischow, Silesia u. Fraundorf	Schimischow	"	— —	2260 100
Keramik A.-G.	Berlin	Tonwaren	— —	900 100
Ilmen. Porzellanf. A.-G.	Ilmenau	Porzellan	— —	260 100
Ludwigsbg. Porzellan- manufaktur A.-G.	Ludwigsbg.	"	1500 100	— —
Porzellanfb. Fraureuth	Fraureuth	"	— —	1500 133
Porzellanind. A.-G.	Waldenburg	"	3000 100	— —
Gebr. Stoevesandt, Kommand. Ges. a. A.	Rinteln	Glas	— —	200 100
Carl Berg A.-G.	Eveking	Metallverarbgt.	— —	3000 150
Eisenw. Phönix A.-G.	Haiger	"	— —	300 100
Hugo Engelmann & Co.	Heiligenstadt	"	— —	500 100
David Grove A.-G.	Charlottenburg	"	2500 100	— —
Metallwke. Knodt A.-G.	Frankfurt	"	3000 100	— —
Nähmasch. Teile A.-G.	Dresden	"	— —	800 120
Reichelt Metallschrau- ben A.-G.	Finsterwalde	"	— —	2100 100
Reinstrom & Pils A.-G.	Schwarzenbg. (S.)	"	— —	1050 100
Rhein. Metallwaren- u. Maschinenfabrik	Düsseldorf	"	— —	13450 120
Schrauben- u. Mutter- fabrik vorm. S. Riehm & Söhne A.-G.	Berlin	"	— —	3000 121
Schriftgieß. D. Stempel A.-G.	Frankfurt	"	— —	1860 107
Stahlw. Werner A.-G.	Eckrath b. Düsseldorf.	"	5000 2)	— —
Thermos A.-G.	Berlin	"	— —	300 100
„Weckotherm“ A.-G.	Schmiedefeld	"	100 100	— —
Gotthardt Allweiler; Pumpenfabrik A.-G.	Rudolfzell	Maschinen- und Armaturenfabr.	— —	750 100
Büttner-Werke A.-G.	Uerdingen	"	6000 100	— —
Concordia Maschinen- bau A.-G.	Halle	"	— —	500 100
Dresdn. Strickmaschf. Irmscher & Witte A.-G.	Dresden	"	— —	700 110
Dux Aut.-Werke A.-G.	Wahren	"	— —	1000 110
Faunwerke A.-G.	Ansbach	"	— —	3400 3)

1) 1500 000 M. zu 100 %. 900 000 M. zu 116 %. 2) 4 385 000 M. zu 100 % und 615 000 M. zu 108 %. 3) 1 650 000 M. zu 150 %, 1 750 000 M. zu 125 %.

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbe- gruppen	Neugrün- dungen Akt.-Kap. in 1000 M. Ausgabe- kurs in %	Kapitals- erhöhungen in 1000 M. Ausgabe- kurs in %
G. Kromschroder A.-G.	Osnabrück	Maschinen usw.	— —	2000 110
Gottfried Lindner A.-G.	Ammendorf	"	— —	3200 110
Maschinenfabrik Augs- burg-Nürnberg	Augsburg	"	— —	46000 4)
Masch'f. Kulmb. A.-G.	Kulmbach	"	1000 110	— —
Münch. Eggenfbr. A.-G.	München	"	— —	1300 110
vm. Fischer & Steffen	München	"	— —	1980 100
Neue Mot.-Fabr. A.-G.	Magdeburg	"	— —	1800 105
Optima Masch'f. A.-G.	Sindelfingen	"	— —	10000 125
Gebr. Schöndorff A.-G.	Düsseldorf	"	— —	3000 113½
Ver. Fabr. Ldw. Masch. vm. Epple & Buchsb.	Augsburg	"	— —	10000 110
Voigtl. Maschinenfabr. vorm. Dietrich	Plauen	"	— —	600 100
Wilhelmsbg. Eisenkon- strukt.-u. Masch'anst.	Harburg	"	— —	170 100
Mind. Eisenbet.-Werft A.-G.	Minden	Schiffsbauanst.	170 100	— —
Schiffsw. u. Masch'fabr. (vm. Janssen & Schmil.)	Hamburg	"	— —	5000 112½
„Deuma Concern“ A.-G. fr. Dt. Musikhs.	Königsberg	Musikinstrum.	— —	2300 5)
Nähmaschinenfabrik Adolf Knoch A.-G.	Saalfeld	Feinmechanik	— —	300 100
Petra Lloyd A.-G. f. d. Vertr. kinotechn. Erz.	Berlin	"	100 100	— —
„Brown Boveri & Cie.“ A.-G.	Mannheim	Elektrotechn. Industrie	— —	25000 100
Isolation A.-G.	"	"	— —	200 100
Kabelwk. Nassau A.-G.	Haiger	"	— —	600 100
Kabelwk. Wilhelminen- hof	Berlin	"	— —	3000 110
C. Lorenz A.-G. Teleph- Telegraphen-Werke	"	"	— —	3375 117
Rhein. Elektraw. A.-G.	Köln	"	— —	4000 100
Ver. Isolatorenw. A.-G.	Berlin	"	— —	1000 110
Voltohm Seil- u. Kabel- Werke A.-G.	Frankfurt	"	— —	1000 6)
A.-G. Körtings Elektri- citäts-Werke	Berlin	Elektrizitäts- Erzeugung	— —	1500 107
Bayer. Elektr. Liefergs- Ges. A.-G.	Bayreuth	"	— —	7500 100
Geraer Elektrizitäts- werk u. Straßenbahn	Gera	"	— —	1000 107½
Kommunales Elektriz- itätswerk Mark A.-G.	Hagen i. W.	"	— —	7200 108
Main-Kraftwerke A.-G.	Höchst a. M.	"	— —	8000 100
Neckarwerke A.-G.	Esslingen	"	— —	10000 7)
Oberstein-Idarer Elek- trizitätsaktienges.	Idar	"	— —	1250 100
Pöge, Elektricit. A.-G. (früher Elektrizitäts- A.-G. vorm. Pöge).	Chemnitz	"	— —	12000 110
Ueberlandzentr. Mans- felder Seekreis A.-G.	Amdorf	"	3000 100	— —
Ueberlandwerk Ober- franken A.-G.	Bamberg	"	4000 100	— —
Ueberlandzentrale Stralsund A.-G.	Stralsund	"	— —	7000 100
Chem. Fabr. Entritzsch zu Leipzig	Leipzig	Chem. Ind.	— —	500 100
Chem. Fabr. f. Hütten- produkte A.-G.	Düsseldorf	"	— —	1500 125
„Rhenania“ Ver. chem. Fabr. A.-G. (fr. A.-G. „Ch. Fbr. Rhenania“)	Aachen	"	— —	29000 8)
Deutsche Zündholz- fabriken A.-G.	Lauenbg. Po.	Zündstofffabr.	— —	1100 9)
Frankf. Gasges. A.-G.	Frankfurt	Gaswerk	— —	10200 100
Oelwerke Stern-Sonne- born A.-G.	Hamburg	Öle, Fette	— —	8000 10)

4) 10 000 000 M. zu 100 %, 36 000 000 M. zu 125 %. 5) 700 000 M. zu 105 %, 1 600 000 M. zu 115 %. 6) 750 000 M. Stammaktien zu 100 %, 250 000 M. Vorzugsaktien zu 100 %. 7) 5 000 000 M. Stammaktien zu 100 %, 5 000 000 M. Vorzugsaktien zu 104½ %. 8) 18 800 000 M. zu 107 %, 5 200 000 M. zu 100 % und 5 000 000 M. Vorzugsaktien zu 105 %. 9) 1 000 000 M. zu 107 %, 100 000 M. Vorzugsaktien zu 165 %. 10) 3 000 000 M. zu 115 %, 5 000 000 M. zu 100 %.

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbe- gruppen	Neugrün- dungen Akt.-Kap. in 1000 M. Ausgabe- kurs in %	Kapitals- erhöhungen in 1000 M. Ausgabe- kurs in %
Dt. Wollw.-Manuf. A.-G.	Grünberg	Wollweb.	—	3500 115
A.-G. Gebr. Schröder	Greven i. W.	Baumwollspinn.	—	1100 100
Spinn Industrie A.-G.	Berlin	und -weberei	—	2700 100
Ausrüstungs-A.-G.	Plauen	Spitzen-, Tüllf.	—	150 100
Westdeutsche Jute- spinnerei u. Weberei	Beul	Jutespinn.	—	300 100
Cammann & Co. A.-G.	Chemnitz	Text.-Spez.-Fb.	700 100	—
Sigmund Goeritz A.-G.	Berlin	"	2000 100	—
Gebr. Steermann A.-G.	Aachen	"	—	1450 100
Ver. Seidenweb. A.-G.	Krefeld	"	12000 100	—
A.-G. Chromo.	Altenburg	Papierfab.	—	250 118
Bremer Papier- u. Well- pappenfabrik A.-G.	Bremen	"	—	600 100
Dick A.-G., Holzbearb.	Leipzig	Holzind.	300 100	—
Holzindustrie				
Heinr. Meng A.-G.	Mühlhausen	"	—	2000 100
Ostpreussische Korken- u. Kistenwerke A.-G.	Tilsit	"	150 100	—
Gummi-Werke „Elbe“ A.-G.	Hamburg	Gummiindustr.	—	500 100
A.-G. Zuckerf. Altjauer	Altjauer	Zuckerfb.	—	1500 100
Bad. Ges. f. Zuckerfabr.	Mannheim	"	—	13200 107
Bedburger Zuckerfabr.	Bedburg	"	—	312 160
Zuckerfabr. Heilbronn	Heilbronn	"	—	7040 110
Bayerisch. Brauer. Ges.	Kaiserslaut.	Bierbrauereien	—	1000 100
Borussia Brauer. A.-G.	Berlin	"	—	350 100
Engelhardt-Brau. A.-G.	Berlin	"	—	4000 11)
Schultheiß-Patzenhof- Brauerei A.-G.	"	"	—	12000 100
Deutsche Fleisch- Packerei A.-G.	"	Konserven	300 100	—
Emil Uhlmann A.-G.	Chemnitz	Teigwaren	2000 100	—
Kaffee-u. Lebensmitt.- Vertriebs A.-G.	Berlin	Nahrungs- mittel	—	250 12)
Landshuter Keks- und Nahrungsmitt.f. A.-G.	Landshut	"	—	1900 100
Ed. Züblin & Cie. A.-G.	Stuttgart	Baugew.	—	100 100
„Hanseatische Aus- landspress“ A.-G.	Bremen	Vervielfältig.,	450 100	—
Hans. Verlagsanst. A.-G.	Hamburg	Kunst usw.	—	650 100
Kunstanstalt vorm. Ed- zold & Kießling A.-G.	Leitelsheim	"	—	500 13)
Mitteld. Verlags-A.-G.	Erfurt	"	—	700 100
Westfäl. Volksbl. A.-G.	Paderborn	"	—	150 100

11) 1 750 000 M. zu 120 %, 100 000 M. Vorzugsaktien und 1 250 000 M. zu 100 %.
12) 170 000 M. zu 100 %, 80 000 M. Vorzugsaktien zu 125 %. 13) 300 000 M. zu 120 %, 200 000 M. zu 190 %.

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbe- gruppen	Neugrün- dungen Akt.-Kap. in 1000 M. Ausgabe- kurs in %	Kapitals- erhöhungen in 1000 M. Ausgabe- kurs in %
Deutsche Verkehrsbk. f. ausw. Handel A.-G.	Berlin	Handel	—	4700 100
Eisenhandel A.-G.	Kassel	"	—	300 100
W. Heymann A.-G.	Altenhofen	"	4000 100	—
Rudolf Karstadt A.-G.	Hamburg	"	—	40000 160
Kaufhaus Friedrich- straße 70 A.-G.	Berlin	"	100 100	—
„Merx“, Großhnd. A.-G.	"	"	4000 100	—
Metallgroßhandel A.-G.	Frankfurt	"	—	300 100
Transoceanische Han- dels-gesellsch. A.-G.	Hamburg	"	1000 100	—
Wachs & Flößner A.-G.	Dresden	"	—	300 100
Wollindustrie A.-G.	Chemnitz	"	2000 100	—
Brandenburgische Grundwert A.-G.	Berlin	Immobil.	—	900 100
Bayerische Vereinsbk.	München	Bank	—	21000 100
Berlinische Boden-Ges.	Berlin	"	—	4000 100
Dtsch. Automobilbank	Charlottenb.	"	3000 100	—
Lüttringhs. Bank A.-G.	Lüttringhausen	"	—	500 125
Oberhausen. Bk. A.-G.	Oberhausen	"	300 106	—
Oberschles. Disconto- bank A.-G.	Königshütte	"	—	3700 106
Aachen-Leipziger Versicherungs-A.-G.	Aachen	Versichg.	—	3000 110
Allgem. Transportvers. A.-G.	Berlin	"	—	2000 115
Gladb. Feuervers. A.-G.	M. Gladbach	"	—	1680 100
Hambg.-Bremer Feuer- Versicherungs-Ges.	Hamburg	"	—	5000 100
„Iduna“, Transport- u. Rückversicher. A.-G.	Berlin	"	3000 100	—
„Mundus“, Vers. A.-G.	Hamburg	"	8000 100	—
Nordd. Vers.-Bank ...	Berlin	"	—	5000 117½
Nord-Deutsche Versicherungs-Ges.	Hamburg	"	—	30000 14)
„Seestern“ Vers. A.-G.	"	"	6000 100	—
Münchener Allg. gemeine Treuhnd. A.-G.	München	Treuhndges.	300 100	—
Roland A.-G. f. Steuer- u. Wirtschaftsberatg.	Düsseldorf	"	20 100	—
Königsb. Lagerh. A.-G.	Königsberg	Verkehrsgew.	—	400 104
Dampfschiffahrtsges.				
„Neptun“	Bremen	Seeschiffahrt	—	10000 142½
Flensburg. Ostsee-A.-G.	Flensburg	"	300 100	—
A.-G. „Erholung“	Krefeld	Theater	—	325 100
Kur- und Soolbad Bernburg A.-G.	Bernburg	Bäder usw.	1500 100	—
Zusammen			85290	530219

14) 10 000 000 M. zu 112½ %, 20 000 000 M. zu 115 %.

Tab. Landau

Schifffahrt und Schiffbau

Deutschland

Hamburg-Südafrika. Die Holland-Südafrika Linie, die seit Anfang d. J. einen regelmäßigen monatlichen Frachtdampferdienst von Antwerpen, Rotterdam und Hamburg-Bremen nach Wallfischbay-Lüderichsbucht-Kapstadt-Port Elizabeth-East London und Durban unterhält, hat neuerdings ihren Fahrplan erweitert. Es werden von jetzt ab auch die Häfen Lourenco Marques (Delagoabay) und Beira direkt angelaufen. Die nächsten Abfahrten von Hamburg finden statt am 3. 11. (D. „Nieuwe Maas“) und am 18. 11. (D. „Jagersfontein“). — Außer Frachtgut befördern die Dampfer auch Briefpost von Hamburg nach Südafrika, die mit entsprechendem Leitvermerk versehen sein müssen.

Deutsche Dampfer nach Argentinien. Die Hamburg-Südafrika-amerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, die bereits seit mehreren Monaten einen regelmäßigen Dampferdienst nach den brasilianischen Südhäfen aufrechterhält, nimmt jetzt auch mit deutschen Dampfern die direkte Verbindung von Hamburg nach dem La Plata wieder auf. Als erste Abfahrt ist der auf deutscher Werft erbaute Dampfer „Deutschfeld“ nach Montevideo und Buenos Aires für den 12. 11. angesetzt; als zweiter Dampfer wird der deutsche D. „Argentina“ folgen.

Vereinigte Staaten

Die Mannschaften der amerikanischen Handelsflotte. Einen Einblick in die Zusammensetzung der Bemannungen der amerikanischen Handelsflotten gibt der am Schlusse jedes Fiskaljahres (endend am 30. 6.) veröffentlichte Bericht des Commissioner of Navigation über Zahl und Nationalität der für amerikanische Schiffe angemusterten Mannschaften. Die hier mitgeteilten Ziffern umfassen sämtliche Musterungen für Schiffe der großen Überseefahrt, die vor dem sogenannten Shipping Commissioners in den verschiedenen Hafenplätzen vorgenommen werden müssen; für Fahrzeuge des Nahverkehrs (nach Kanada, Westindien, Mexiko) und der Küstenfahrt sind amtliche Musterungen nicht obligatorisch, finden also in vielen Fällen nicht statt.

Der jetzt erschienene Bericht über das letzte Fiskaljahr zeigt, daß die Zahl der unter den stars and stripes dienenden amerikanischen Seeleute absolut wie relativ bemerkenswert zugenommen hat. Von den 334 140 Offizieren und Mannschaften, die in der Zeit vom 30. 6. 19 bis 30. 6. 20 auf amerikanischen Schiffen angemustert oder wieder angemustert sind, waren 137 016 geborene und 31 777 nationalisierte Amerikaner, zusammen also etwa 50½ %. Im Fiskaljahr 1913—14

waren die amerikanischen Seeleute mit 47,4 % vertreten, ihre Zahl sank bis 1917 auf 41,9 %, um dann wieder zu steigen. Für die Hälfte ihrer Mannschaften ist also die amerikanische Handelsflotte auch heute noch auf Seeleute fremder Herkunft angewiesen. Die einzelnen Nationen sind mit folgenden Zahlen vertreten:

Nationalität	1913/14	1918/19	1919/20
Amerikaner, geborene	63 247	97 160	137 016
„ naturalisierte	31 417	24 676	31 777
Engländer	24 745	26 848	36 609
Chinesen	64	729	1 625
Japaner	98	1 198	1 276
Filipinen	472	1 154	1 646
Deutsche	9 497	138	1 568
Norweger	8 194	10 237	11 585
Schweden	6 321	10 054	11 905
Dänen	2 260	5 843	6 827
Russen	4 526	10 108	9 442
Österreicher	3 363	125	664
Franzosen	617	694	948
Spanier	25 022	24 163	29 784
Italiener	4 368	2 503	3 463
Portugiesen	3 921	5 481	6 031
Andere	11 442	34 811	41 974
Unbekannt	10	—	—
Zusammen	199 584	255 922	334 140
% Amerikaner	47,4	47,6	50,5

Nächst den Vereinigten Staaten selbst stellen also England, Spanien, Norwegen und Schweden die Hauptkontingente. Auch die Zahl der deutschen Seeleute auf amerikanischen Schiffen, die vor dem Krieg ca. 9500 Mann betrug, ist im letzten Fiskaljahr wieder von 138 auf 1568 gewachsen. Bemerkenswert ist auch die Zunahme der Japaner und Chinesen.

Von den 334 140 insgesamt eingestellten Offizieren und Mannschaften wurden 274 374 für Reisen nach fremden Häfen und 59 766 für Reisen nach andern amerikanischen Häfen angemustert. Mehr als ein Drittel sämtlicher Musterungen fand in New York statt, mit beträchtlichen Zahlen folgen New Orleans, Seattle, Philadelphia, Baltimore, Boston, Norfolk, San Francisco.

Für die Versorgung der amerikanischen Handelsflotte mit dem nötigen seemannischen und technischen Personal entfaltet insbesondere das Schiffsamt eine rege Tätigkeit. Sein Recruiting Service hat die dreifache Aufgabe, die für die zahlreichen der Regierung gehörigen Schiffe erforderlichen Offiziere und Maschinisten heranzubilden, die Mannschaften auszuwerben und zu schulen und beide nach erfolgter Ausbildung in den Borddienst einzustellen. Das Amt unterhält gegenwärtig an der atlantischen und der pazifischen Küste sowie an den Großen Seen 12 Navigations- und 6 Maschinistenschulen. Seit Errichtung der ersten dieser Anstalten im Juni 1917 sind bis Ende Juni 1920 insgesamt 13 412 seemannische und technische Offiziere ausgebildet worden, von denen etwa 72 % das Patent erhalten haben. Außer den Maschinistenschulen hat das Schiffsamt besondere Lehrkurse für Turbinenbau und -behandlung in großen Maschinenbauwerkstätten eingerichtet, durch die bis Mitte Mai 1920 372 Maschinisten ihren Grad als leitende Ingenieure erworben haben. Zur praktischen Ausbildung von Mannschaften stehen dem Schiffsamt sechs Schulschiffe zur Verfügung, von denen vier an der atlantischen, zwei an der pazifischen Küste stationiert sind. Es sind zu meist hölzerne Schiffe, die nicht lediglich der Mannschaftsausbildung dienen, sondern daneben auch Frachtfahrt betreiben. Die an der Ostküste stationierten haben eine Tragfähigkeit von etwa 1200 Tonnen und können etwa je 125—150 Zöglinge an Bord nehmen. An der Westküste ist ein hölzernes Schiff von 1800 Tonnen Tragfähigkeit in regelmäßiger Fahrt zwischen Seattle, Hawaii und San Francisco beschäftigt. Ihm ist neuerdings ein stählernes Schiff von 8800 Tonnen zugesellt worden. Jenes bietet 115, dieses etwa 150 Zöglingen Ausbildungsgelegenheit.

Die Schulen und Schulschiffe reichen natürlich bei weitem nicht aus, den Mannschaftsbedarf der schnell wachsenden Flotte des Schiffsamtes zu decken; sie lieferten im letzten Fiskaljahr nur 15 % der erforderlichen Seeleute. Für den Hauptteil der Mannschaften bleibt das Amt auf die Anwerbung durch die Agenturen angewiesen, die es in 21 Häfen des Landes unterhält. Insgesamt hat das Sea Service Bureau des Shipping Board im letzten Fiskaljahr auf seinen Schiffen 160 863 Offiziere und Mannschaften angemustert, von denen 65,7 % Amerikaner waren.

Verkauf amerikanischer Schiffe an Fremde. Nach den Bestimmungen des Merchant Marine Act dürfen amerikanische Schiffe, falls sie für die amerikanische Handelsflotte entbehrlich sind, mit Genehmigung des Schiffsamtes an Fremde verkauft werden. Auf Grund dieser Bestimmung hat das Schiffsamt jetzt in den Verkauf von 10 stählernen Dampfern gewilligt, die auf den an den Großen Seen gelegenen Werften der American Shipbuilding Co. für eigene Rechnung dieser Gesellschaft gebaut worden sind und je etwa 3700 Tonnen Tragfähigkeit haben. Die Schiffe sind vom sog. Lake-Typ, haben Einrichtungen sowohl für Kohlen- wie für Ölföuerung und kosten je 662 700 \$, was einen Durchschnittspreis von etwa 179 \$ ausmacht. Sie sollen an Frankreich, Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland, Belgien, Spanien, Italien und England abgegeben werden. Ob bereits feste Kaufabschlüsse vorliegen, wird nicht mitgeteilt. Das Schiffsamt gibt jedoch bekannt, daß es der American Shipbuilding Co. bisher nicht gelungen ist, heimische Käufer für die Schiffe zu interessieren und daß man sich deshalb an das Ausland gewendet habe. Von englischer Seite wird bezweifelt, daß die Schiffe zu dem angegebenen Preis ausländische Käufer finden werden. „Fairplay“ berechnet, daß der Preis für die Tonne Tragfähigkeit sich nach dem heutigen Valutastand für den englischen Käufer auf 50 £, für den italienischen auf 4150 Lire, für den französischen auf 2600 fr stellen würde, Preise, die eine Rentabilität von vornherein ausschließen.

A. K.

Steter Rückgang in der Beschäftigung der amerikanischen Werften. Seit März 1919 hat der Umfang des auf den Werften der Vereinigten Staaten auf Stapel liegenden Schiffsraumes ständig abgenommen. Zu Beginn dieses Jahres waren noch 3 Mill. Br. R. T. im Bau, sie sind Anfang September auf 2 Mill. zurückgegangen. Das Bauprogramm des Schiffsamtes ist nahezu durchgeführt, seit Monaten ist kein neuer Kiel mehr im Auftrage des Amtes gestreckt worden und die wenigen Hunderttausend Bruttotonnen, die für Rechnung der Regierung noch in Arbeit sind, dürften bis Anfang nächsten Jahres fertiggestellt sein. Die privaten Bauaufträge haben den Rückgang nicht aufzuhalten vermocht; sie zeigten bis Mai dieses Jahres eine Steigerung, seitdem ein langsames Abnehmen. Vergegenwärtigt man sich, daß das Bauergebnis des vorigen Jahres 4 318 000 Br. R. T. war, daß also die zurzeit auf Stapel liegende Tonnage in weniger als sechs Monaten fertiggestellt sein könnte, so liegt die Annahme nahe, daß, falls nicht eine wachsende Zahl von Bauaufträgen hereinkommt, manche Werften noch vor Ende dieses Jahres beschäftigungslos sein werden.

Es waren an stählernen Schiffen im Bau für Rechnung:

	a) des Schiffsamtes Br. R. T.	b) privater Reeder Br. R. T.	Zusammen Br. R. T.
Januar	1 975 000	977 488	2 952 488
Februar	1 829 284	1 256 573	3 185 857
März	1 629 288	1 337 445	2 966 733
April	1 311 623	1 404 198	2 715 821
Mai	1 140 683	1 466 624	2 607 307
Juni	1 015 577	1 454 102	2 469 679
Juli	834 145	1 400 865	2 235 010
August	687 895	1 342 847	2 030 742

Die in privatem Auftrag im Bau befindliche Räume setzt sich in der Hauptsache aus Tankdampfern und Frachtdampfern zusammen. Hier hat sich die Bautonnage in den einzelnen Monaten wie folgt geändert:

	Tankdampfer Br. R. T.	Frachtdampfer Br. R. T.	Andere Fahrzeuge Br. R. T.	Zusammen Br. R. T.
Januar	476 742	470 197	30 549	977 488
Februar	588 565	620 567	47 441	1 256 573
März	722 549	561 455	53 441	1 337 445
April	745 140	623 917	35 641	1 404 198
Mai	807 325	619 890	39 409	1 466 624
Juni	812 325	602 853	38 924	1 454 102
Juli	814 945	543 956	41 964	1 400 865
August	791 073	512 964	38 810	1 342 847

Der Bedarf an Tankdampfern scheint seinen Höhepunkt überschritten zu haben, der Monat August brachte einen leichten Rückgang der bisher stets wachsenden Tonnageziffern. Bei den Frachtdampfern hat die absteigende Kurve bereits im Mai eingesezt.

Fertiggestellt und amtlich registriert wurden in den einzelnen Monaten an stählernen, hölzernen usw. Handelsschiffen:

	Zahl	Br. R. T.	davon seegehende stählerne Dampfer	Br. R. T.
Januar	115	253 680	45	231 221
Februar	140	267 231	58	230 967
März	170	279 709	62	259 552
April	164	251 442	47	225 395
Mai	184	185 145	30	251 780
Juni	198	267 076	45	231 686
Juli	173	217 239	34	185 731
August	178	259 210	46	224 310
8 Monate..	1322	1 980 732	367	1 840 642

Das voraussichtliche Jahresergebnis des amerikanischen Schiffbaus dürfte danach mit etwa 2½ Mill. Br. R. T. zu veranschlagen sein. A. K.

Versicherungswesen. In den Vereinigten Staaten soll mit aller Kraft an dem zeitgemäßen und vom Ausland unabhängigen Ausbau der Versicherungsmöglichkeiten für den Überseehandel gearbeitet werden. Dabei ist die Schaffung der 3 Syndikate, über die bereits berichtet wurde, nur ein Anfang. Vor allem müssen die verschiedenen unnötigen und zum Teil falschen Beschränkungen gesetzlicher Art aufgehoben werden, insbesondere ein einheitliches Versicherungsgesetz gleichlautend für alle Staaten erlassen werden, denn die amerikanischen Versicherer sind zurzeit deshalb den Ausländern und besonders den Engländern unterlegen, weil sie gesetzlich in ihren Rückversicherungsmöglichkeiten und finanziellen Transaktionen behindert sind und außerdem ganz ungewöhnlich hoch besteuert werden. P. W.

Vereinigte Staaten—Australien. Die Firma Norton, Lilly & Co. in New York zeigt für September die Abfahrt eines Passagierdampfers von New York durch den Panamakanal nach Neu-Seeland und Australien an und zwar wird der 4000 t große Dampfer der British India Line „Fultala“, der von der Australian Steamship Line gechartert ist, in diesen Dienst eingestellt. Die Einrichtung eines solchen Passagierdienstes ist schon lange erwogen worden und war auch bereits von der International Mercantile Marine Company ins Auge gefaßt worden. Bisher unterhielt die United States und Australia Line einen Frachtdampferdienst unter amerikanischer Flagge. P. W.

Japan

Kriegsgewinne der japanischen Schifffahrt. In einem Bericht des Handelssachverständigen bei der englischen Gesandtschaft in Tokio über die kommerzielle und industrielle Entwicklung Japans während des Krieges werden die während des Krieges von den japanischen Reedereien aus ihren Schifffahrtsgeschäften mit Fremden erzielten Gewinne, wie folgt, veranschlagt:

Durch Schiffsverkäufe	196 028 000 Yen
Durch Vercharterungen	248 624 000 „
Durch Frachtbeförderung	644 400 000 „

Die Zeitcharterraten für Ozeanreisen hatten folgende Entwicklung:

Vor dem Krieg	1,25— 1,50 Yen
1915	3,14— 5,50 „
1918 (Schluß)	24,— „
1919 (erste Hälfte)	6,50—13,— „

Die Frachtraten nach Europa stiegen von 110 s im Oktober 1916 auf 455 s im Dezember 1917. Zu diesem aus dem Überseegeschäft mit Fremden fließenden Gewinne sind, wie „Fairplay“ bemerkt, weitere beträchtliche Gewinne aus der Küstenfahrt hinzugekommen. Die Kohlenfracht von Moji nach Yokohama ist beispielsweise von 1,50 Yen im Mai 1915 auf 11,50 Yen im Mai 1918 gestiegen. Dazu kamen weiter die beträchtlichen Subventionen, die die japanische Regierung für die hauptsächlichsten Überseelinien gewährt.

Nach den Angaben des japanischen Handelsministeriums hatten im Jahre 1913 18 japanische Reedereien mit einem eingezahlten Kapital von 60 651 000 Yen einen Gewinn von 10 349 000 Yen zu verzeichnen und konnten eine Durchschnittsdividende von 9,11 % verteilen. Im Jahre 1918 erzielten dagegen 65 Reedereien mit einem eingezahlten Kapital von 269 882 000 Yen einen Gewinn von 218 443 000 Yen, von dem ein Betrag von 97 174 000 Yen oder 32,3 % unter die Aktionäre verteilt und 98 032 000 Yen als Reserven zurückgestellt wurde. A. K.

Afrika

Neue Verkehrswege in Afrika. Die Verbindungen in Innerafrika haben in den letzten Jahren eine erhebliche Er-

weiterung und Verbesserung erfahren. Daß die Zentralbahn in Deutsch-Ostafrika von Daressalam bis an den Tanganjika-see vor Ausbruch des Krieges fertiggestellt war, ist bekannt. Den Engländern ist es gelungen, die zerstörten Brücken wieder herzustellen und Lokomotiven und Waggons aus Südafrika und Indien zu beschaffen, die inzwischen von der Zivilverwaltung Deutsch-Ostafrikas übernommen wurden. Ein regelmäßiger Fracht- und Passagierdienst ist nunmehr im Gange. Der wöchentliche Expreszug von Daressalam hat Anschluß in Kigoma an den belgischen Postdampfer, der Fracht und Passagiere bis Albertville befördert. Von dort geht die Reise weiter mittels Eisenbahn nach Kabolo am Lualaba. Hier wird wieder umgestiegen; es geht im Flußdampfer bis Bukana, von wo dann die Reise mittels der rhodesischen und der südafrikanischen Eisenbahn über Elisabethville, Livingstone, Mafeking, Kimberley nach Kapstadt fortgesetzt werden kann. Es besteht also eine direkte Verbindung unter Umgehung des Seeweges von Daressalam nach Kapstadt. Zurzeit nimmt sie allerdings noch drei Wochen in Anspruch und kann erst in ernsthaften Wettbewerb zu der Küstenschifffahrt treten, wenn die Eisenbahnverbindung Kabola-Bukama fertiggestellt ist.

Der Anschluß an die Usambarabahn in Moschi nach Aruscha ist nicht fertiggestellt worden und das Material ist zum Anschluß an die Ugandabahn über Taveta benützt worden. Ebenso soll die Bahn Kilwa-Wiedhafen zunächst nicht fertiggestellt werden, bis Neulangenburg via Neu-Iringa und Kilossa mit der Zentralbahn verbunden ist und der Viktoria-Nyanza eine Eisenbahnverbindung von Muanza nach Tabora erhalten hat. D. h. also, es sollen zunächst diejenigen Eisenbahnlinien, die eine Ausnützung der Binnenschifffahrtswege ermöglichen, in Angriff genommen werden.

Über Binnenschifffahrt und Eisenbahn hinweg beginnt man in dem vor kurzem noch unerschlossenen Innerafrika bereits mit der Einrichtung regelmäßiger Flugdienste, die ihrerseits wieder die durch Untiefen und Wassermangel vielfach behinderte Binnenschifffahrt schnell in den Schatten stellen wird. Die Flugzeit beträgt 5 Stunden, wo ein Dampfer 6 Tage braucht. So ist am Kongo bereits ein Flugdienst Kinshasa-Stanleyville eingerichtet worden, der neben der Post Passagiere, Gepäck und Frachtgut befördert. Die Sätze betragen für die Postbeförderung 3 fr für 20 g, für Passagierbeförderung 2,50 fr je km, für persönliches Gepäck 3 fr für kg und Zone. (Zone: Kinshasa-Gombe 570 km, Gombe-Lisala 641 km, Lisala-Stanleyville 513 km.) Für die Frachtbeförderung 15 fr für 500 g und Zone. Da bisher der Flugdienst jedoch in vielen Beziehungen noch beschränkt ist, widmet sich die belgische Regierung nach wie vor auch dem Ausbau der Kongoschifffahrt und versucht vor allem ein für die geringen Wassertiefen geeignetes Boot zu konstruieren. P. W.

Hafenanlagen. Einen beachtenswerten Vergleich über die Entwicklung der Häfen Freetown und Conakry gibt die „African World“:

Freetown ist der allgemein bekannte, seit langer Zeit bestehende Hafen in Sierra Leone, in dem sich aber seit etwa 20 Jahren kaum etwas geändert hat. Bitten von Eingeborenen um Anleihen zur Verbesserung des Hafens haben kein Gehör gefunden. Dagegen wußte vor 20 Jahren noch kaum jemand etwas von Conakry und heute ist es ein Hafen mit lebhaftem Verkehr, in den von der französischen Verwaltung große Summen hineingesteckt worden sind. Ganz besonders ist das Augenmerk auf den Ausbau von Kaianlagen zum direkten Entladen von Überseedampfern gerichtet worden und es ist genügend Wasser für einen Frachtdampfer in Durchschnittsgröße zu jeder Zeit vorhanden. Für den Fall, daß ein Kohlendepot eingerichtet wird und das Eisenbahnsystem in Französisch-Guinea etwas verbessert wird, sind die Aussichten für eine große Entwicklung Conakrys und ein Überflügeln Freetowns gegeben. —

Die gesetzgebende Körperschaft in Nairobi hat den Plan eines Baus von Kaianlagen in Kilindini mit 7500 Fuß langen Lössplätzen, Kaischuppen, Kränen, Eisenbahnanlagen, Zoll- und Postämtern unmittelbar nördlich von Ras Kilindini beschlossen. Die Pläne waren bereits 1913 ausgearbeitet und die Kosten für die ersten 4 Lössplätze auf 700 000 £ geschätzt worden, doch war die Ausführung während der Kriegszeit unterblieben. Nach einer langen Debatte, die sich mit den Gegenvorschlägen Major Grogans, welcher glaubte, einen Anspruch auf den Bau der Hafenanlagen auf seinen Landkonzessionen zu haben, beschäftigte, wurde die Ausführung des oben erwähnten Regierungsplanes gegen eine Stimme angenommen. P. W.

Neueingänge

Einzusehen im Lesezimmer, Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8—4 Uhr

Deutschland

- „Fürst Bismarcks Entlassung.“ Nach den hinterlassenen, bisher unveröffentlichten Aufzeichnungen des Staatssekretärs des Innern... Karl Heinrich v. Boetticher u. des Chefs der Reichskanzlei unter d. Fürsten Bismarck Dr. Franz Johannes von Rottenburg. Von Georg Ehrh. von Eppstein. Berlin: Scherl (1919). 237 S. Geb. 16,—M.
Enthält: Aufzeichnungen des Ministers v. Boetticher und des Chefs der Reichskanzlei v. Rottenburg und wirft auf die düsteren Märztage 1890 grelle Lichter. So lange Bd. III der „Gedanken und Erinnerungen“ noch fehlt, dürfte das Zeugnis von Boetticher's das wichtigste sein. H. Z.
- „Das Papiergeld“ unt. bes. Berücksichtig. der heutigen deutschen Valutafrage. Drei gemeinverständliche Vorträge von Walter Lotz. Berlin: Simion 1920. 56 S. (Volkswirtschaftl. Zeitfragen, H. 311/12.)
Lotz fordert aus Gründen der Billigkeit und Gerechtigkeit, sowie der ruhigen Fortentwicklung unseres Wirtschaftslebens die Wiederherstellung der Mark mit der alten Parität. Wiederherstellung von Ordnung und Vertrauen im innern Wirtschaftsleben und in der Finanzverwaltung sind die Voraussetzungen dafür. Aber ohne einen gewaltigen Zustrom fremden Kapitals, wozu auch eine Goldanleihe gehört, wird das Ziel nicht zu erreichen sein. In einem Nachtrag nimmt Lotz zu anderen Auffassungen Stellung.
- „Die gesetzliche Sicherung der Kaufkraft des Geldes durch die absolute Währung.“ Denkschrift zu einer Eingabe an die Nationalversammlung. Hrsgg. vom Freiland Freigeld-Bund. Weimar 1919: Wagner. 16 S.
- „Staatsbankerott oder Erneuerung.“ Von Bang. München: Lehmann [um 1920]. 16 S. Aus: Deutschlands Erneuerung.
- „Probleme der Finanzreform.“ Von Georg Bernhard. Berlin u. Leipzig: Vereinig. wiss. Verl. 1919. 63 S.
- „Die Neuordnung des deutschen Finanzwesens.“ Vier Vorträge von Paul Beusch. 2. erw. Aufl. M. Gladbach: Volksvereins-Verlag 1920. 69 S.
- „Preisüberwachung nach Abbau der Zwangsbewirtschaftung.“ Von C. Falck. Berlin: Heymann 1920. 76 S.
Ein hochinteressanter Vortrag eines ersten Fachmannes. (Falck ist Leiter des Landespolizeiamtes beim Staatskommissar für Volksernährung in Berlin.)
- „Wiederaufbau und Förderung des deutschen Außenhandels.“ Von Alfred Zimmermann. Berlin: Simion 1920. 32 S.
Behandelt im wesentlichen die Frage der amtlichen Auslandsvertretungen.
- „Die Volkswirtschaft des deutschen Wiederaufbaus.“ Ein Wirtschafts- und Landeskulturprogramm von K. Kleefeld. Berlin: Liffner 1920. 109 S. 6,60 M.
Ausführungen über die Wirtschaftsbilanz und den Versailler Frieden, die deutsche Produktion, das Anleiheproblem, die allgemeine wirtschaftliche Dienstpflicht, das Landesmilitärprogramm und den Achtstundentag. Ausgezeichnetes, dem neuesten Stand angepaßtes Zahlenmaterial. Für Nachschlagezwecke sehr geeignet. —dt.
- „Gegen Reichsbodengesetz und Reichsnotopfer.“ Delegiertenversammlung vom 25. 11. 19. Berlin: Schutzverband f. Dtsch. Grundbesitz 1920. 70 S. (Schriften d. Schutzverb. f. Deutschen Grundbesitz, H. Nr. 35.)
- „Des Reichsnotopfers zweiter Teil.“ Wege zum Wiederaufbau von Maxim Neumann. München u. Leipzig: Dancker & Humblot 1920. 17 S.
- „Leitfaden durch die neue Steuergesetzgebung.“ Inhalt d. sämtlichen Steuergesetze d. Jahres 1919/20, mit Beispielen. 2. neu bearb. Aufl. v. H. O. Foehrenbach. Freiburg i. B.: Wagner 1920. 32 S.
Ein interessantes, leicht verständlich geschriebenes Buch über eine unsympathische Materie!

- „Ausfuhrabgaben-Tarif.“ Auf Grund der Ausführungsbestimmung v. 8. 4. 20. Berlin: R. Hobbing 1920. II, 100 S. (Handbücher d. Industrie- u. Handels-Zeitung, Bd. 1.)
- „Vorschläge zur künftigen Ausbildung der Reichssteuerbeamten“ von Ludwig Waldecker. Stuttgart: Enke 1920. 36 S. (Finanz- u. volkswirtschaftl. Zeitfragen, H. 66.)
- „Das Sozialisierungs-Programm der Sozialdemokratie.“ An Hand der „Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm von Karl Kautsky“, kritisch besprochen von Hermann Schoeler. Berlin: Elsner (1919). 159 S.
- „Neue Wege der deutschen Landwirtschaft.“ Eine Studie zur landwirtschaftlichen Frage der Gegenwart von F. Berkner. Berlin: Parey 1920. VII, 240 S.
Neue und alte Gedanken über die Fachausbildung des Landwirts, die wirtschaftliche Beratung des Landwirts, die innere Kolonisation, und die Landarbeiterfrage.
- „Die Sozialisierung der Betriebe.“ T. 1. Von Theodor Schenkel. Graz: Selbstverl. 1919. (Randbemerkungen zur Sozialisierung.)
- „Die Sozialisierung der optischen Industrie Deutschlands.“ Von Eberhard Zschimmer. Jena: Volksbuchhandlung 1919. 16 S.
Tritt leidenschaftlich für die Sozialisierung der optischen Industrie ein. —dt.
- „Zur Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.“ Von Hugo Speckhardt. Berlin: Ehering 1920. 162 S. (Volkswirtschaftl. Studien, H. 3)
- „Plan des Hamburger Hafens.“ 1:10 000. Hamburg: Köhler [1920]. 11 × 43 cm. [Lith. kol.]
- „Jahresbericht der Handelskammer für den Regierungsbezirk Unterfranken u. Aschaffenburg“ in Würzburg für 1919. Würzburg: 1919. Stürtz.
- „Der Salzheringshandel Königsbergs u. Danzigs.“ Von Bruno Siltmann. Jena: Fischer 1920. VIII, 147 S. (Schriften d. Inst. f. ostdeutsche Wirtschaft a. d. Univ. Königsberg. H. 8.)
- „Die drei Fragen des Oberschlesiens.“ Berlin: Zentralverl. 1920. 59 S.
- „Die mittelfränkische Industrie in der Deutschen Volkswirtschaft und auf dem Weltmarkt.“ Von Konrad Krieger. München: Gerber 1920. VI, 127 S. München, Staatswiss. Diss.
Bis 1917 dargestellt. —dt.
- „Fünfzig Jahre bei Siemens.“ Erinnerungsblätter aus d. Jugendzeit d. Elektrotechnik. Von Hermann Meyer. Berlin: Mittler 1920. 214 S. 12,—M.
- „Karte der Kohlenwirtschaftsstellen.“ 1:1500 000. Bearb. v. d. Preuß. Landes-Kohlenstelle Berlin. Berlin: Gea-Verl. 1920.

Andere Länder Europas

- „Das Herz der Weltwirtschaft: die Lombarden-Straße.“ Von Walter Bagehot. Bearb. v. Herausgeber. Essen a. d. Ruhr: Baedeker 1920. XIX, 211 S. (Plenge: Staatswiss. Musterbücher. 4.)
Auf eine vier Seiten lange Übersicht über die Lombarden-Straße von 1870—1920 von Dr. Georg Kemeny folgt eine sehr sorgfältige wörtliche Übersetzung des Textes des alten englischen Standardwerks, die, wie in der Einleitung mitgeteilt wird, von stud. rer. pol. Karl Kröger vorbereitet und vom Herausgeber durchgesehen wurde. Man wird es freudig begrüßen, daß das wertvolle Buch unserer Jugend wieder zugänglich gemacht worden ist, aber heißt das eine Bearbeitung?
- „Co-partnership after the war.“ A memorandum submitted Febr., 1917, to the Reconstruction Committee appointed by H. M. Government. Re-issued, with revised appendix, January, 1920. London: Labour Co-partnership Association 1920. 16 S.

- „Memorandum on Labour Co-partnership“ addressed by the Labour Co-partnership Association to all joint bodies of employers and employees, and especially to joint standing industrial councils and interim reconstruction committees. Dat. London Nov. 1919. 2 Bl.
- „Experiments in Profit-sharing and Co-partnership.“ No. 2. Messrs. Clarke, Nickolls & Coombs, Ltd. An address by Alex. Horn. Birmingham [1920]. Birmingham Printers.
- „The Labour Co-partnership Association.“ Speeches on profit-sharing and labour co-partnership by Lord Robert Cecil and J. R. Clynes. London 1919: Plymouth Printers. 24 S. (Report of proceedings at annual meeting May 22nd, 1919.)
- „Die englische Weltherrschaft.“ Von Herrmann Dreyhaus. Berlin-Friedenau: Fouquet 1919. 92 S. (Die Außenpolitik. H. 1.)
Der deutsche Michel muß erzogen werden; er weiß nicht was er will, noch was er soll. Dem Wunsch, diesem Mangel abzuheilen, verdanken wir diese Darstellung der englischen Geschichte.
- „Großbritannien und Irland.“ 1: 1 500 000. Berlin u. Glogau: Flemming & Wiskott [1920]. 62×77 cm. [Lith. kol.] (Flemmings Generalkarte Nr. 14.)
- „Die Siegesfrüchte.“ Haben unsere Staatsmänner den Frieden erlangt, für den unsere Soldaten kämpften? Von E. D. Morel. In genehmigter Übers. hrsg. v. Herm. Lutz. Berlin: Engelmann 1920. 32 S. 3.—M.
An sich bringt uns Deutschen das Werk nichts neues, aber wir freuen uns, daß es auch in England aufrechte Männer gibt, die die Wahrheit sagen. Wir begrüßen aus diesem Grunde die Übersetzung aufs freudigste.
- „Statistiek van de handelsbeweging der buitenbezittingen gedurende de jaren 1916, 1917 en 1918.“ (Buitenzorg 1919.) (Depart. v. Landbouw, Nijverheid en Handel. Publicaties van de Afdeel. Handel. 1919. Nr. 7.)
- „Verslag van de Kamer van Koophandel en Fabrieken in de Gemeente Arnhem“ voor het jaar 1919. Arnhem: Thieme 1919.
- „Verslag der Kamer van Koophandel en Fabrieken te Maastricht over het jaar 1919.“ Maastricht 1920: Leiter Nypels.
- „Verslag van de Kamer van Koophandel en Fabrieken te Harlingen“ over den toestand van handel, nijverheid en scheepvaart in die gemeente ged. het jaar 1919. (Harlingen) 1920.
- „Verslag van de Kamer van Koophandel en Fabrieken te Gorinchem“, omtr. den toestand van handel en nijverheid, de visscherij, de scheepvaart enz. gedurende het jaar 1919. Gorinchem 1920.
- „Verslag van de Kamer van Koophandel en Fabrieken te Dordrecht“ omtrent den Toestand van Handel, Nijverheid en Scheepvaart gedurende het jaar 1919.
- „Kamer van Koophandel en Fabrieken te Rotterdam.“ Jaarverslag 1919.
- „Verslag, betreffende den handel, de nijverheid en het fabriekswezen te Leeuwarden“ in het jaar 1919. Leeuwarden 1920.
- „Die schweizerische Volkswirtschaft im Übergangsjahr 1919“ Basel: Schweizer Bankverein (1920).
Eine der bekannten wertvollen Übersichten des Bankhauses. Aus dem Inhalt: 1. Das Wirtschaftsjahr (enthält auf ca. 50 Seiten eine allgemeine Übersicht über Handel, Gewerbe und Industrie, Transportwesen und Verkehr, die Arbeiterfrage, den Außenhandel usw.). 2. Industrie (eine eingehende Schilderung über die Entwicklung der einzelnen Zweige). 3. Das Finanzjahr (Geldmarkt, Banken und Börse, Budget der Schweiz und der Kantone, internationale finanzielle Beziehungen). 4. Statistische Beilagen (hervorgehoben seien: die Zusammenstellung der Handelskammern und die Diagramme über die Wechselkurse von 1914/19). — Wie immer zeichnet sich das Heft durch den großen Reichtum an sorgfältiger, bis zur Gegenwart fortgeführter Statistik aus.
- „Bericht über Handel u. Industrie der Schweiz im Jahr 1918.“ Erst. v. Vorort d. Schweizer Handels- u. Industrie-Vereins. Zürich 1919: Buchdr. Berichthaus.
- „Renseignements divers sur les valeurs cotées à la bourse de Genève.“ Cours extrêmes, derniers prix, dividendes etc. 1912—1919. Genève: Soc. de Banque Suisse 1920.
Sorgfältige Statistik.
- „Der allgemeine Consumverein in Basel.“ Darstellung seiner Entstehung u. Entwicklung im Zusammenhang mit der staatlichen und privaten Wohlfahrtspflege Basels von K. Pettermann. Basel: Allg. Consumver. 1920. 300 S.
- „Die Valutaentwertung u. die Schweiz.“ Referat geh. v. Adolf Joehr. 2. Aufl. Zürich: Orell Füssli 1920.
Die Entwertung der Valuten aller europäischen kriegführenden Länder ist von der gegenwärtigen, das Gefüge der Weltwirtschaft heftig erschütternden Krise eine Teilerscheinung, welche die Schweiz auf das schwerste trifft, weil ihre Volkswirtschaft bekanntermaßen in einem so hohen Grade mit der Weltwirtschaft verflochten und verkettet ist, wie kaum eine andere. Diese Schrift ist vorzüglich geeignet, die Abklärung der Ansichten zu fördern.
- „Kantonaler Solothurnischer Handels- und Industrie-Verein.“ 17. Jahresbericht umfassend das Jahr 1919, erst. von der Solothurnischen Handelskammer. Solothurn 1920: Vogt & Schild.
- „Schweiz.“ 1: 600 000. Berlin und Glogau: Flemming & Wiskott [1920]. 73×56 cm. [Lith. kol.] (Flemmings Generalkarte Nr. 40.)
- „Die österreichische Wollindustrie in der Kriegswirtschaft“ von Karl Janovsky. Auf Veranlassung der Wollzentrale A.-G. hrsg. Wien: Hölder 1919. X, 148 S.
- „Ernährungswirtschaftliche Gegenwartsprobleme in Österreich.“ Vortrag von Hans Loewenfeld-Russ. Wien: Manz 1919. 42 S.
- „Der tschechische Imperialismus u. Deutschösterreichs Schicksal.“ Mit einer tschechischen Karte Europas. Wien: Hölder 1919. 6 S. (Flugblatt für Deutschösterreichs Recht. Nr. 35.) 1,40 M.
- Deutsch-Polnischer Verein z. Pflege u. Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen. „Zollhandbuch für Polen.“ Mit Unterstützung von ... hrsgg. v. d. Deutsch-Polnisch. Verein, Berlin, 1920. Berlin: Deutsch-Polnisch. Verein 1920.
- „Das Eisen in Rußland.“ Eisenerzvorkommen, Eisenerzförderung, Eisen- u. Stahlerzeugung von Walter Weyrauch. Leipzig: Koehler 1920. 43 S. (Tagesfragen der Auslandswirtschaft, H. 12.)
- „Betriebsstatistische Untersuchungen über die Molkerei, Kredit- u. Konsum-Genossenschaften in Finnland“ 1903—1910. Hrsg. v. d. Ges. Pellervo. Mit Karte. Helsingfors: Ges. Pellervo 1912. XXIII, 248 S. (D. Genossenschaftsbewegung i. Finnland. 2.)
- „Sveriges Riksbank 1919.“ Årsbok utarbetad av Riksbankens Statistiska Avdelning. Årg. 12. Stockholm 1920: Norstedt.
- „Preliminär Redogörelse för Sveriges in- och utförsel år 1919. Stockholm 1920: Norstedt. (Kommersiella Meddelanden 1920. Bilaga.)
- „Norges Handel.“ Statistique du Commerce de la Norvège. Utgit av det Statistiske Centralbyrå. 1917. Kristiania: Aschehoug & Co. 1919. (Norges officielle Statistik, VI.)
- „Norges Skilsfart 1917“ med foreløbige oplysninger for 1918. [Statistique de la navigation de la Norvège...] Utg. av det Statistiske Centralbyrå. Kristiania: Aschehoug i. Komm. 1918. (Norges officielle Statistik, VI.)
- „Statistisk Aarbok for Kongeriket Norge.“ Annuaire statistique de la Norvège. Aarg. 39. 1919. Kristiania: Aschehoug i. Komm. 1919.
- „Aarbok utgit av Bergens Børs 1919.“ Bergen 1920: Grieg.
- „Sparkassen for Kjøbenhavn og omegnen 1820—1920“ Kjøbenhavn 1920. 284 S.